



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

31. Jahrgang · Heft 9

September 1979

Grafik des Monats: Bruttowertschöpfung in den Kreisen

Aufsätze: Vermögensteuer

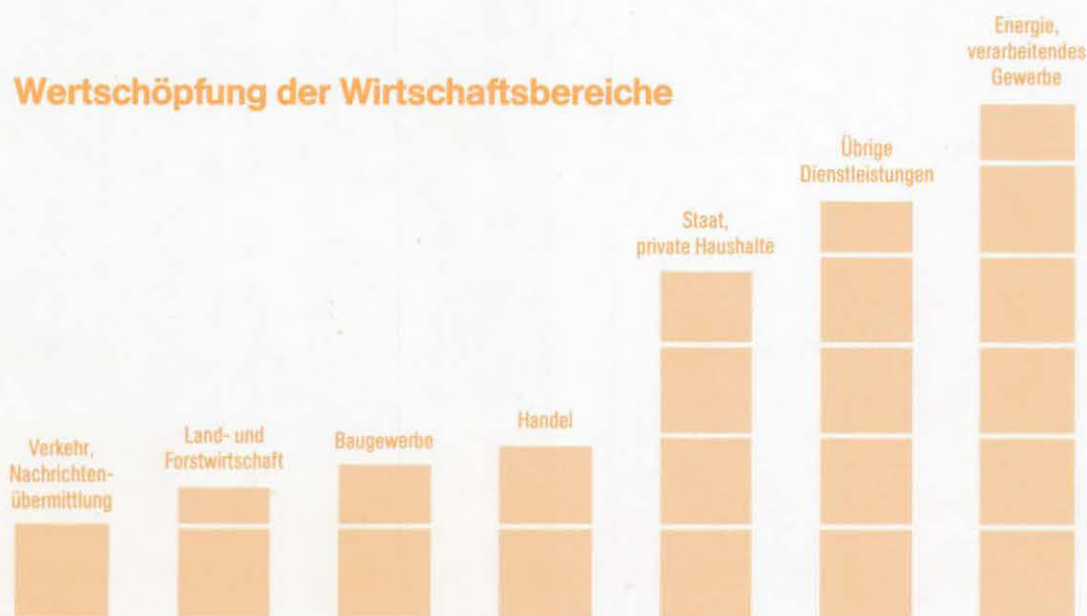
Studiendauer

Abiturienten ohne Studienwunsch

Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

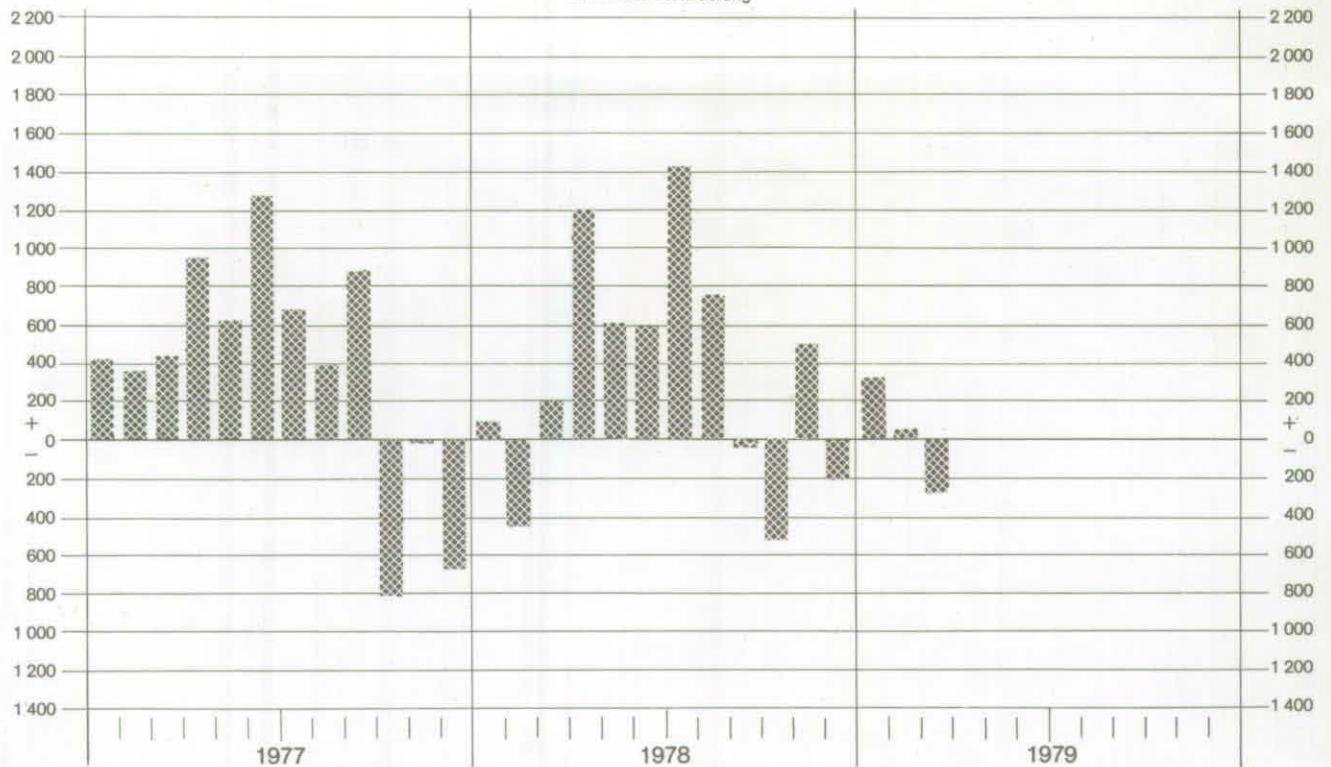


Herausgegeben vom

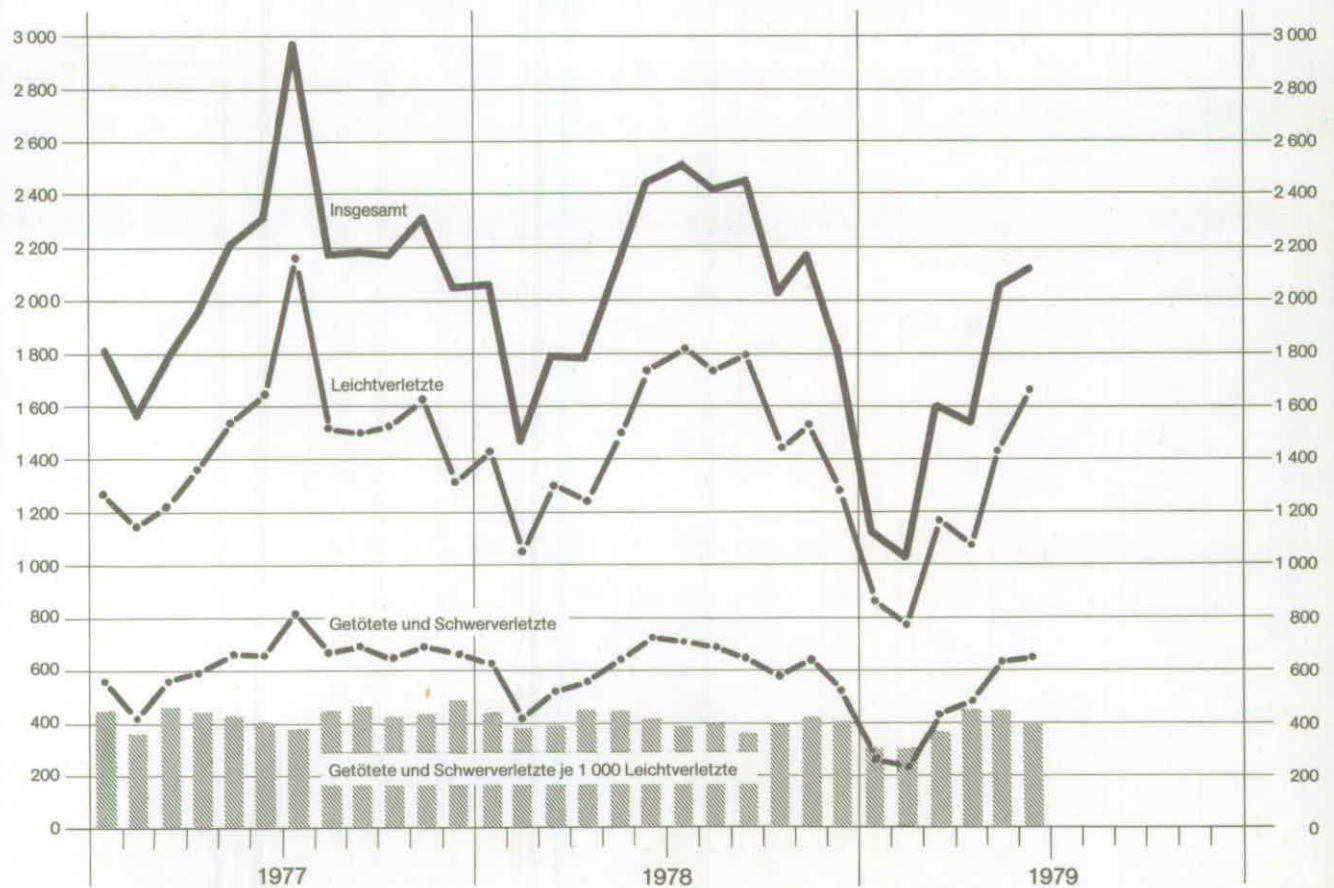
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Monatliche Veränderung



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 9/79

	Seite
Aktuelle Auslese	181
Aufsätze	
Vermögensteuerstatistik 1974	182
Wie lange studieren die Studenten in Schleswig-Holstein	188
Abiturienten, die nicht studieren wollen	195
Aus unserem Archiv	199
Grafik des Monats	190
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) ...	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 4/1979

Schleswig-Holstein im Jahre 1978 (Teil 2)

Heft 5/1979

Eigennutzung von Ferienunterkünften
Bruttoinlandsprodukt 1978
Schüler und Studenten 1964 und 1978

Heft 6/1979

Landtagswahl 1979
Teil 1: Landes- und Wahlkreisergebnisse
Auftragseingänge
Studenten 1979

Heft 7/1979

Landtagswahl 1979
Teil 2: Regionale Ergebnisse
Einkommensteuer 1974
Sorten bei Winterweizen
Moderne Erhebungstechnik

Heft 8/1979

Verweildauer im Krankenhaus



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

31. Jahrgang · Heft 9

September 1979

Aktuelle Auslese



Rückläufige Schweinehaltung

Am 3. August 1979 wurden in Schleswig-Holstein 1,95 Mill. Schweine — darunter 560 000 Ferkel, 1,16 Mill. Jung- und Mastschweine und 199 000 Zuchtsauen — gehalten. Damit war der Schweinebestand um 2 % kleiner als im August 1978 und lag erstmals seit 1974 wieder unter dem Vorjahresbestand. Die Gesamtzahl der Jung- und Mastschweine hielt sich — bei leichter Abnahme in den niedrigeren sowie einer Zunahme in den höheren Gewichtsklassen — annähernd auf dem vorjährigen Niveau. Dagegen verringerte sich der Zuchtsauenbestand nach Jahren intensiver Aufstockung um 7 % beträchtlich. Gleichzeitig ging auch die Zahl der Ferkel um 4 % zurück.

Bei einer um 10 % auf 18 000 Betriebe gesunkenen Zahl der Schweinehalter erhöhte sich die durchschnittliche Bestandsgröße auf 110 Schweine.

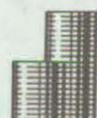


Die Schleswig-Holsteiner sind nicht sehr kinofreudig

Nach Angaben der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. gab es am 31.12.1978 in Schleswig-Holstein 120 ortsfeste Filmtheater mit 35 790 Sitzplätzen, das sind 298 Sitzplätze je Filmtheater. Damit standen 1 000 Einwohnern des Landes im Durchschnitt 13,8 Sitzplätze (Bundesdurchschnitt: 16,0) zur Verfügung.

Die schleswig-holsteinischen Filmtheater wurden 1978 von 5,1 Mill. Gästen besucht. Die Zahl der Kinogänger hat in den vergangenen Jahren zugenommen: 1976 waren es 4,1 Mill. und 1977 4,6 Mill.. Jeder Einwohner ging 1978 im Schnitt 2,0 mal ins Kino, was im Vergleich der Bundesländer einen niedrigen Wert bedeutet. Noch

weniger kinofreudig waren nur noch die Niedersachsen mit 1,8 Filmbesuchen je Einwohner und Jahr. Die höchste Film-Besuchsrate im Bundesgebiet hatte Hamburg mit 3,5.



Wieder weniger masselose Konkurse

1979 hat sich die Zahl der Konkursverfahren im 1. Halbjahr gegenüber den drei Vorjahren deutlich verringert. Stärker noch ist die Zahl der abgelehnten Anträge gesunken. Von 150 Verfahren mußten nur noch 103 Konkursanträge von vornherein mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Teilungsmasse abgelehnt werden. Das Verhältnis der eröffneten zu den mangels Masse abgelehnten Konkursen, das 1975 noch rund 1 : 2 betragen hatte, in den Zwischenjahren aber auf 1 : 4 gestiegen war, näherte sich im ersten Halbjahr 1979 wieder der Relation 1 : 2. Anders ausgedrückt, von allen Konkursanträgen wurden im ersten Halbjahr 1979 nur noch 70 % abgelehnt, nicht mehr 80 % wie in den letzten drei Jahren.

Januar bis Juni

Konkursverfahren

	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	zusammen
--	----------	-------------------------------	----------

1976	30	171	201
1977	32	128	160
1978	35	133	168
1979	47	103	150

Vermögensteuerstatistik 1974

Zur Reform der Vermögensbesteuerung

Die jährlich zu zahlende Vermögensteuer wird jeweils für im allgemeinen drei Kalenderjahre festgesetzt (Hauptveranlagung). Aus diesen Daten werden Vermögensteuerstatistiken erstellt. Die zur Zeit dafür geltende Rechtsgrundlage ist das Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665). Hauptveranlagungen wurden auf die Jahresanfänge 1953 und 1957 und danach bis 1972 in dreijährigem Turnus durchgeführt. Das Vermögensteuerreformgesetz vom 17. April 1974 (BGBl. I S. 949), das in seinem Artikel 1 das novellierte VStG enthält, hat den allgemein geltenden Hauptveranlagungszeitraum von drei Jahren zwar beibehalten, aber als nächsten Hauptveranlagungszeitpunkt den 1. Januar 1974 bestimmt. Die Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik für diesen Stichtag fallen aber nicht nur deshalb aus dem üblichen Rahmen, weil zur vorhergehenden Erhebung ein nur zweijähriger Abstand besteht, sondern auch weil in ihnen die Reform der Vermögensteuer unmittelbar zum Ausdruck kommt.

Methodik und Erhebungsinhalte haben sich bei der Novellierung nicht geändert: In der Vermögensteuerstatistik sind alle natürlichen und nichtnatürlichen Personen enthalten, deren zum 1. 1. 1974 festgestelltes Vermögen veranlagt wurde. Als natürliche Personen sind alle Privatpersonen mit ihrem gesamten Vermögen steuerpflichtig. Ob dieses Vermögen gewerblich genutzt wird oder nicht, ist dabei unerheblich. Nach § 14 VStG werden zusammenlebende Ehegatten und ihre zum Haushalt gehörigen Kinder gemeinsam veranlagt. Zu den nichtnatürlichen steuerpflichtigen Personen gehören folgende Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen mit ihrem gesamten Vermögen:

- Kapitalgesellschaften,
- Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften,
- Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit,
- sonstige juristische Personen des privaten Rechts,
- nichtrechtsfähige Vereine, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts,
- Kreditanstalten des öffentlichen Rechts,
- übrige Gewerbebetriebe im Sinne des Gewerbesteuergesetzes von juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

Der § 3 des VStG enthält eine Reihe von Ausnahmen von der Vermögensteuerpflicht, so zum Beispiel Bun-

desbahn, Bundespost, Staatsbanken, Parteien und Kirchen. Die Personengesellschaften in ihrer Gesamtheit unterliegen nicht der Vermögensteuerpflicht, sondern ihr Vermögen wird in Form von Geschäftsanteilen beim Gesamtvermögen der einzelnen Gesellschafter versteuert. Natürliche Personen ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland sowie die Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen mit Sitz oder Geschäftsleitung im Ausland sind nur mit ihren Inlandsvermögen, also beschränkt steuerpflichtig. Doppelbesteuerungsabkommen regeln, daß das in den wichtigsten ausländischen Staaten befindliche Vermögen der unbeschränkt Steuerpflichtigen keiner zweifachen Belastung durch Vermögensteuern unterliegt. Danach wird in aller Regel das unbewegliche Vermögen nur in dem Staat besteuert, in dem es liegt.

Das steuerpflichtige „Rohvermögen“ der natürlichen Personen ist die Summe der auf die vier Arten entfallenden Vermögensteile:

- land- und forstwirtschaftliches Vermögen
- Grundvermögen
- Betriebsvermögen
- sonstiges Vermögen.

Der Wert wird für die einzelnen Arten auf unterschiedliche Weise ermittelt. Für die ersten drei Arten werden Einheitswerte benutzt, die auch für andere Steueranlagungen (Gewerbekapital-, Einkommen-, Grund- und Erbschaftsteuer) herangezogen werden und deren Ermittlung im Bewertungsgesetz geregelt ist. Für die Veranlagung 1974 galt das BewG in der Fassung vom 26. September 1974 (BGBl. I S. 2369).

Die Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens werden ermittelt, ohne sie um die mit dem Vermögen zusammenhängenden Schulden und Lasten zu verringern. Der Einheitswert des Betriebsvermögens dagegen stellt bereits das Reinvermögen nach Abzug der Betriebs-schulden dar. Der Begriff „Rohvermögen“ für die Summe der vier Vermögensarten trifft also den Sachverhalt nicht exakt. Die Bestandteile des sonstigen Vermögens sind im § 110 BewG aufgezählt. Hierzu gehören zum Beispiel Einlagen bei Kreditinstituten, Aktien und Anteilsscheine, Beteiligungen, Schmuck und Kunstgegenstände. Schulden und Lasten, die mit dem sonstigen Vermögen im Zusammenhang stehen, werden wie bei den ersten beiden Vermögensarten erst

bei der Ermittlung des „Gesamtvermögens“, also durch Abzug vom „Rohvermögen“, berücksichtigt. Nach § 110 Abs. 2 und 3 BewG gilt bei der Ermittlung des Wertes des sonstigen Vermögens ein Freibetrag von 10 000 DM, der bei gemeinsamer Veranlagung mit der einbezogenen Personenzahl zu multiplizieren ist.

Ein Ziel der Vermögensteuerreform war es, ab 1. Januar 1974 beim Grundbesitz nicht mehr die nach den Wertverhältnissen von 1935 ermittelten und zu starker Unterbewertung führenden Einheitswerte, sondern die des Jahres 1964 einzusetzen. Der Zeitpunkt, von dem an die neuen Einheitswerte steuerlich wirksam werden sollten, war öfter hinausgeschoben worden und wurde erst durch das Bewertungsänderungsgesetz 1971 vom 27. Juli 1971 (BGBl. I S. 1157) auf den Jahresbeginn 1974 festgelegt. Die neuen Einheitswerte für das Grundvermögen sind durch die Entwicklung des Mieten- und Preisniveaus schon wieder überholt. Deshalb wurden sie gemäß § 121a BewG in der Vermögensteuerveranlagung 1974 mit einem Pauschalzuschlag von 40 % in Ansatz gebracht. Auch für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen galten 1974 die Einheitswerte des Jahres 1964, allerdings nur in einfacher Höhe.

Die Festlegung der Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens ist seit jeher mit der Vermögensteuer-Hauptveranlagung gekoppelt, sie erfolgte also zum 1. Januar 1974. Zum Betriebsvermögen gehören nach § 95 BewG alle Teile einer als Hauptzweck dem Gewerbebetrieb dienenden wirtschaftlichen Einheit, soweit die Wirtschaftsgüter dem Betriebsinhaber gehören. Als Gewerbe gilt dabei auch die Bodenbewirtschaftung wie die Gewinnung von Torf, Steinen und Erden, nicht aber die Land- und Forstwirtschaft. Die Ausübung eines freien Berufes ist nach dem Einkommensteuerrecht kein Gewerbebetrieb, sie wird aber für die Einheitsbewertung zum Beispiel der Büroeinrichtung eines Anwalts oder der Praxiseinrichtung eines Arztes dem Betrieb eines Gewerbes gleichgestellt. Das Betriebsvermögen der natürlichen Personen ist die Summe der Einheitswerte aller ihnen gehörenden Betriebe.

Anders als bei den natürlichen Personen gehören bei den Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, Kreditanstalten des öffentlichen Rechts und bei den Personengesellschaften die Wirtschaftsgüter immer zum Betriebsvermögen, auch wenn sie nicht dem Betriebszweck dienen und deshalb bei den natürlichen Personen einer anderen Vermögensart zurechnen wären. Der Einheitswert des gewerblichen

Betriebsvermögens der nichtnatürlichen Personen ist also umfassender als der der Einzelunternehmen; das gewerbliche Betriebsvermögen ist ex definitione die einzige Vermögensart, die in die Veranlagung der nichtnatürlichen Personen eingeht.

Bei allen Steuerpflichtigen blieben bei der Veranlagung folgende Teile des festgestellten Betriebsvermögens steuerfrei:

- private Krankenhäuser, sofern sie die Pflegevoraussetzungen des § 67 der Abgabenordnung erfüllen (§ 116 BewG),
- Betriebe der öffentlichen Wasserversorgung und bestimmte Verkehrsbetriebe (§ 117 BewG),
- Betriebe der öffentlichen Gas-, Strom- oder Wärmeversorgung mit 50 % ihres Einheitswertes (Artikel 8 VStRG). Diese Steuerbefreiung galt nur bis Ende 1977.

Auch Gegenstände, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse liegt (zum Beispiel Kunstgegenstände oder anderes Wertvolles Kulturgut), sind nur mit 40 % ihres Wertes oder bei Erfüllung bestimmter Bedingungen überhaupt nicht anzusetzen (§ 115 BewG).

Zur Ermittlung des Gesamtvermögens ist ferner der Zeitwert der Vermögensabgabe vom Roh- oder Betriebsvermögen abzuziehen (§ 209 Lastenausgleichsgesetz). Die Hypothekengewinnabgabe wird im Einheitswert des Betriebsvermögens bereits wertmindernd berücksichtigt, bei den natürlichen Personen wird sie vom Rohvermögen abgezogen.

Die weiteren Abzüge zur Ermittlung des Gesamtvermögens der natürlichen Personen sind im wesentlichen durch den § 118 BewG bestimmt und stellen hauptsächlich die Schulden und Lasten im Zusammenhang mit den nicht zum Betriebsvermögen zählenden Vermögensteilen dar. Für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft ist nach § 118 Abs. 3 außerdem ein besonderer Abzug möglich, der eventuelle Nachteile für die Inhaber ausgleichen soll, die durch unterschiedliche Bewertungsstichtage (§ 35 BewG) für die Betriebsgröße, für Umfang und Zustand der Gebäude und der stehenden Betriebsmittel einerseits und für die umlaufenden Betriebsmittel (zum Beispiel Viehbestand, Saatgut usw.) andererseits entstehen können.

Im Zuge der Veranlagung sind vom ermittelten Gesamtvermögen die Freibeträge abzuziehen. Sie sind durch die Reform deutlich erhöht worden und betragen seit 1974 bei natürlichen Personen je 70 000 DM für den Steuerpflichtigen, den Ehegatten und jedes Kind.

Weitere Freibeträge zwischen 10 000 und 50 000 DM sind bei Alter und Erwerbsunfähigkeit möglich (§ 6 VStG). Bei einer Familie mit zwei Kindern bleibt also — sofern die Freibeträge für das sonstige Vermögen voll wirksam werden — ein Vermögen von 320 000 DM ganz steuerfrei (bisher 100 000 DM). Erst für den darüber hinausgehenden Teil des Gesamtvermögens ist Vermögensteuer zu entrichten. Ziel der Reform von 1974 war es, kleine und mittlere Vermögen durch die starke Anhebung der Freibeträge zu entlasten.

Die Progression der Vermögensteuer wird ausschließlich und indirekt durch diese Freibeträge bewirkt, denn der Steuersatz ist durchgängig 0,7 % (bis 1973: 1,0 %) für alle unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen. Der entlastenden Wirkung durch die Senkung des Steuersatzes und der Anhebung der Freibeträge steht entgegen, daß die gezahlte Vermögensteuer ab 1975 bei der Einkommensteuer nicht mehr als Sonderausgabe abzugsfähig ist. Mit dieser Maßnahme sollte vermieden werden, daß wie vor der Reform die Belastung durch die Vermögensteuer mit steigendem Einkommen und damit höherem Grenzsteuerwert immer mehr gemildert wird.

Von den nichtnatürlichen Personen wird die Vermögensteuer nur erhoben, wenn das Gesamtvermögen mindestens 10 000 DM beträgt. Bei Überschreiten dieser Freigrenze kam 1974 für das Gesamtvermögen ohne Abzug von Freibeträgen (ausgenommen Genossenschaften und Land- und Forstwirtschaft betreibende Vereine, § 7 VStG) ebenfalls ein Steuersatz von 0,7 % zur Anwendung, der allerdings ab 1975 wieder wie vor 1974 1,0 % betrug. Die Vermögensteuern der nichtnatürlichen Personen können wie schon vor der Reform nicht von der Bemessungsgrundlage zur Körperschaftsteuer abgezogen werden.

Das Vermögen der natürlichen Personen

Gegenüber 1972 ist die Zahl der unbeschränkt vermögenssteuerpflichtigen natürlichen Personen mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein um 17,2 % auf 17 541 zurückgegangen, weil wegen der Erhöhung der Freibeträge in vielen Fällen eine Veranlagung von vornherein nicht mehr in Betracht kam. Die Nichtveranlagungsfälle sind in der Vermögensteuerstatistik nicht enthalten. Zu den erfaßten Steuerpflichtigen zählen allerdings die 1 625 Fälle, in denen erst die Veranlagung ergab, daß nach Abzug der Freibeträge kein zu versteuerndes Vermögen verblieb (Steuerbefreite). Deren Zahl ist gegenüber 1972 um 39 % gestiegen, so daß die

Veranlagte unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

		Hauptveranlagung am		Veränderung 1974 gegenüber 1972 in %	
		1.1.1972	1.1.1974		
Steuerpflichtige	Fälle	21 187	17 541	—	17,2
Rohvermögen	Mill.DM	6 435	10 496	+	63,1
davon mit					
land- und forst-	Fälle	3 749	3 141	—	16,2
wirtschaftl. Verm.	Mill.DM	179	180	+	0,6
Grundvermögen	Fälle	14 712	14 234	—	3,2
	Mill. DM	557	3 096	+	455,9
Betriebsvermögen	Fälle	11 144	9 221	—	17,3
	Mill.DM	2 389	3 580	+	49,9
sonstigem Vermögen	Fälle	18 380	15 253	—	17,0
	Mill. DM	3 330	3 673	+	10,3
Schulden und sonstige Abzüge	Fälle	17 873	15 808	—	11,6
	Mill. DM	1 165	1 922	+	65,0
Unabgerundetes Gesamtvermögen	Mill. DM	5 270	8 574	+	62,7
Steuerbelastete	Fälle	20 015	15 916	—	20,5
Steuerpflichtiges Vermögen	Mill. DM	4 289	6 067	+	41,5
Jahressteuerschuld	Mill. DM	42	42	—	0,4

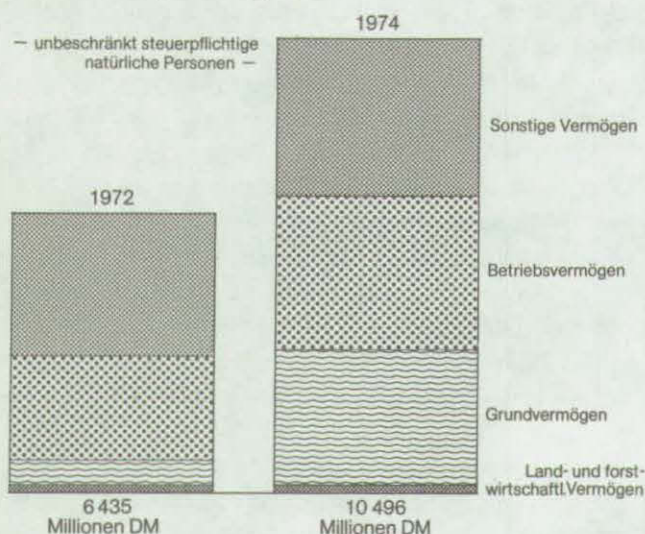
Zahl der letztlich Steuerbelasteten sogar um 20 % gesunken ist.

Dennoch ist das Rohvermögen im Vergleich beider Hauptveranlagungszeitpunkte um fast zwei Drittel (63 %) auf 10,5 Mrd. DM gestiegen. Die dominierende Ursache dieser enormen Steigerung war die Ansetzung der Einheitswerte von 1964. Das wird besonders auch daran deutlich, daß das Grundvermögen 1974 einen über fünfmal so hohen (+ 456 %) steuerlichen Wert wie zwei Jahre zuvor und damit am Rohvermögen einen Anteil von 29 % hatte. Auf die 81 % der Steuerpflichtigen mit Grundvermögen entfielen im Durchschnitt 218 000 DM dieser Vermögensart. 1972 waren es nur 69 % der Steuerpflichtigen, bei denen Grundvermögen zu veranlagen war, und zwar im Durchschnitt 38 000 DM.

Auch beim Betriebsvermögen machte sich die Neubewertung der Grundstücke deutlich bemerkbar. Obwohl die Zahl der Steuerpflichtigen mit Vermögen dieser Art mit derselben Rate wie die aller Steuerpflichtigen abnahm (17 %), hatte die Summe der Betriebsvermö-

Die Zusammensetzung des Rohvermögens der Steuerpflichtigen

D 5064



gen einen um genau die Hälfte höheren Wert als 1972. Sie hatte damit 1974 am gesamten Rohvermögen einen Anteil von 34 %. Im Durchschnitt je Veranlagung betrug das Betriebsvermögen 388 000 DM. Es war wie 1972 bei etwa jedem zweiten Steuerpflichtigen (53 %) zu berücksichtigen.

Das land- und forstwirtschaftliche Vermögen spielte auch im Agrarland Schleswig-Holstein für das Vermögensteueraufkommen keine allzu große Rolle. Gegenüber 1972 nahm das Vermögen dieser Art nur geringfügig (+ 0,6 %) zu. Der Anteil am gesamten Rohvermögen sank von 2,8 % auf 1,7 %. Das land- und forstwirtschaftliche Vermögen verteilte sich 1974 allerdings auf nur noch 3 141 Steuerpflichtige (— 16,2 %) und hatte im Durchschnitt mit 57 000 DM einen um ein Fünftel höheren Wert als zwei Jahre zuvor.

Der Anteil der Steuerpflichtigen mit sonstigem Vermögen an der Gesamtzahl der steuerpflichtigen natürlichen Personen hatte von 54 % im Jahre 1960 bis auf 87 % in 1972 kontinuierlich zugenommen. 1974 war die Zahl der Steuerpflichtigen mit sonstigem Vermögen — wie die aller Steuerpflichtigen — um 17 % geringer als 1972. Das Durchschnittsvermögen dieser Art betrug 241 000 DM, also um ein Drittel mehr als 1972. Das sonstige Vermögen war in seinem Gesamtwert 1974 trotz geringerer Zahl der Veranlagungen deutlich größer als 1972, und zwar um 10 %.

Auch der Anteil des sonstigen Vermögens am gesamten Rohvermögen aller Steuerpflichtigen hatte sich von 1960 (36 %) bis 1972 (52 %) ständig erhöht. 1974 betrug er noch 35 %. Das sonstige Vermögen blieb

damit trotz der Einheitswertumstellung bedeutendste Komponente des Rohvermögens. Es war für 40 % der Steuerpflichtigen die überwiegende Vermögensart und bestand 1974 zu 88 % (1972 : 91 %) aus Kapitalvermögen im Sinne der Nummern 1 bis 3 des § 110 Abs. 1 BewG.

Das Kapitalvermögen ist im sonstigen Vermögen nur insoweit enthalten, als es nicht bereits bei einer anderen Vermögensart erfaßt ist. Die Zahlungsmittel, Spareinlagen, Bank-, Postscheck- und sonstigen laufenden Guthaben machten, obwohl dafür ein gesonderter Freibetrag von 1 000 DM je zusammen veranlagter Person gilt, mit 35 % den höchsten Anteil am Kapitalvermögen vor Freibetragsabzug aus. Die sonstigen Kapitalforderungen wie Hypotheken, Darlehens-, Zins- und ähnliche Geldforderungen hatten sich 1974 gegenüber 1969 etwa verdoppelt und betrugen 710 Mill.DM. Der Wert der Anteile an Kapitalgesellschaften war dagegen mit 164 000 DM je Veranlagung um 3 000 DM geringer als 1969, machte aber 1974 immerhin noch etwa ein Zehntel des Rohvermögens aus. Diese Anteile waren nach § 11 BewG zum Tageskurs oder zum gemeinen Wert am Veranlagungstichtag zu bewerten. Der Index der Aktienkurse (1972 = 100) lag zum Jahresanfang 1969 bei 99, Anfang 1974 dagegen nur bei 82. Die Erhöhung der Grundkapitalsumme aller deutschen Aktiengesellschaften um 30 % in demselben Zeitraum

Kapitalvermögen

(Sonstiges Vermögen i. S. d. § 110 Abs. 1 Nr. 1 — 3 BewG)

	Hauptveranlagung am			
	1. 1. 1972		1. 1. 1974	
	Fälle	Mill.DM	Fälle	Mill.DM
Kapitalvermögen	18 065	3 306	16 940	3 491
davon				
Zahlungsmittel, Spar-				
guthaben u. dgl.				
nach Abzug des				
Freibetrages	16 694	1 141	14 808	1 220
sonst. Kapitalforderungen	12 869	591	12 409	710
Anteile an Kapital-				
gesellschaften	7 059	1 057	6 289	1 031
festverzinsliche Wert-				
papiere	7 079	510	5 733	526
Geschäftsguthaben bei				
Genossenschaften	1 933	6	1 686	4
Freibetrag				
für Kapitalvermögen	18 065	279	16 940	292
Verbleibendes Kapital-				
vermögen	×	3 027	×	3 199

hat sich deshalb auf die Höhe des Rohvermögens kaum ausgewirkt. Die Anteile an Kapitalgesellschaften dürften allerdings zunehmend aus Geschäftsanteilen der Gesellschaften mit beschränkter Haftung bestehen, deren Stammkapital in der Bundesrepublik im Zeitraum von Anfang 1969 bis Anfang 1974 sich um 61 % erhöht hat und 1974 bereits 87 % des Aktienkapitals erreichte. Die gemeinen Werte der GmbH-Anteile werden von den Finanzämtern nach dem sogenannten „Stuttgarter Verfahren“ ermittelt¹, sie sind von Börsentendenzen unabhängig.

Von den 10,496 Mrd. DM Rohvermögen konnten zur Ermittlung des Gesamtvermögens 1,922 Mrd. DM oder 18 % als Schulden und sonstige Abzüge abgesetzt werden. Die Hypotheken- und Grundschulden hatten daran einen Anteil von 14 %. Die Lastenausgleichs-abgaben machten nur noch 2 % (1972: 5 %) der abzugsfähigen Schulden aus. Das unabgerundete Gesamtvermögen aller Steuerpflichtigen betrug noch 8,574 Mrd. DM. Das Adjektiv „unabgerundet“ soll ausdrücken, daß die einzelnen Gesamtvermögen hier noch nicht — wie es je Steuerpflichtigen geschieht — auf volle Tausend DM nach unten abgerundet sind.

Die persönlichen Freibeträge, die vom Gesamtvermögen in Höhe von insgesamt 2,498 Mrd. DM (29 %) zur Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens abzugsfähig waren, wurden zu 49 % für die Steuerpflichtigen selbst, zu 28 % für Ehegatten, zu 17 % für Kinder und zu 7 % wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit gewährt. Das steuerpflichtige Vermögen von insgesamt 6,067 Mrd. DM wies mit 41,5 % gegenüber 1972 eine bedeutend geringere Steigerungsrate als das Rohvermögen (63,1 %) auf.

Die Jahressteuerschuld war wegen des gesenkten Steuersatzes mit 42,2 Mill. DM sogar um 0,4 % geringer als 1972. Ob aber die Vermögensteuerreform letztlich doch zu einer Mehrbelastung der Vermögenden geführt hat, ergibt sich erst im Zusammenhang mit der Einkommensteuerveranlagung, weil seit 1975 die gezahlte Vermögensteuer nicht mehr als Sonderausgabe geltend gemacht werden kann. Da 1972 und 1974 die Vermögensteuer-Jahresschuld etwa gleich hoch war, hat die Vermögensteuerreform 1974 dann zu einer insgesamt höheren Steuerbelastung geführt, wenn der Grenzsteuersatz der Vermögensteuerpflich-

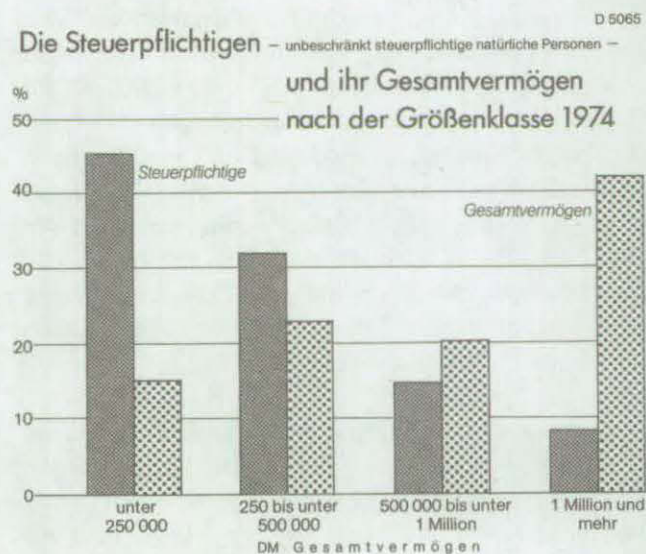
tigen bei der Einkommensteuer größer war als die Veränderungsrate der Jahressteuerschuld, die sich 1974 nach alter Rechtsgrundlage ergeben hätte. Gegenüber den jeweils vorherigen Hauptveranlagungen hatte die jährliche Steuerschuld aufgrund des allgemeinen Vermögenwachstums 1969 um 31 % und 1972 um 24 % zugenommen. Wegen des nur zweijährigen Abstandes zu 1972 dürfte sich 1974 ohne Reform kaum eine höhere Veränderungsrate als 30 % ergeben haben. Die Einkommensbesteuerung der Vermögenden führt in aller Regel jedoch sicherlich zu weit höheren Grenzsteuersätzen. Der Aufkommens- und Belastungseffekt der Vermögensteuerreform ist allerdings aus der Statistik nicht quantifizierbar.

Beschränkt vermögensteuerpflichtig waren 1974 weitere 758 natürliche Personen. 16 von ihnen hatten ein unabgerundetes Inlandsvermögen von mehr als 1 Million DM. Diese Großvermögen machten 42 % des Inlandsvermögens aller beschränkt Steuerpflichtigen aus.

Vermögensmillionäre

Ein besonderes Interesse gilt stets denjenigen Ergebnissen der Vermögensteuerstatistik, die einen Überblick über die Vermögenskonzentration bieten. Die Gliederung nach der Größenklasse des Gesamtvermögens zeigt, daß 45 % der insgesamt 17 541 unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen ein Gesamtvermögen von unter 250 000 DM und an der Summe aller Vermögen einen Anteil von nur 15 % hatten.

Die Steuerpflichtigen — unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen —
und ihr Gesamtvermögen
nach der Größenklasse 1974



1) Ratgeber für die Vermögensteuer, Ausgabe 1977, Herausgeber: Informationsdienst der Sparkassen und Landesbanken/Girozentralen, Stuttgart o. J.

Die Anwendung der neuen Einheitswerte von 1964 für die Veranlagung 1974 war der Hauptgrund dafür, daß sich die Zahl der Vermögensmillionäre 1974 gegenüber 1972 mehr als verdoppelt hat (+ 126 %). Die 1 449 Vermögensmillionäre hatten ein durchschnittliches Vermögen von 2,486 Millionen DM. Gegenüber dem mittleren Großvermögen von 1972 bedeutet das einen Rückgang um 11 %, obwohl das Grundvermögen aller Millionäre 1974 mehr als zehnmal so groß war wie das der — allerdings weniger — Millionäre von 1972. Nur etwa ein Viertel der 1 449 Millionäre besaß mehr als das durchschnittliche Großvermögen. In 17 Fällen ergab die Veranlagung einen Betrag von mehr als 20 Millionen; zusammen waren das 6 % des Gesamtvermögens aller Steuerpflichtigen. Vermögensmillionäre waren 1974 8 % aller Steuerpflichtigen. Sie vereinigten 42 % des Gesamtvermögens auf sich. 1972 betrug der Anteil der Millionenvermögen am gesamten Veranlagungswert zwar nur 34 %, sie entfielen aber auf nur 3 % der Steuerpflichtigen.

Da 893 oder 62 % der Millionäre 1974 selbständige Gewerbetreibende waren — bei den Besitzern der kleineren Vermögen waren es nur 36 % —, hat das gewerbliche Betriebsvermögen am Rohvermögen der Millionäre mit 44 % einen größeren Anteil als das sonstige Vermögen (35 %). Diese 893 Gewerbetreibenden besaßen 46 % des gewerblichen Betriebsvermögens aller steuerpflichtigen natürlichen Personen. 299 Vermögensmillionäre (21 %) waren nicht erwerbstätig, 115 von ihnen waren Rentner oder Pensionäre. Die 111 selbständigen Land- und Forstwirte mit Millionenvermögen vereinigten ein Viertel des gesamten veranlagten land- und forstwirtschaftlichen Vermögens auf sich. Unter den Vermögensmillionären gab es immerhin auch 10, die sich in einem Beamtenverhältnis befanden.

Die persönlichen Freibeträge der Millionäre und der mit ihnen gemeinsam veranlagten Personen betrugen 277 Millionen DM und entsprachen 8 % ihres Gesamtvermögens. Ihre Jahressteuerschuld für 1974 machte 23 Millionen DM und damit 0,64 % ihres Gesamtvermögens aus. Die indirekte Progression bei der Vermögensbesteuerung wird daran deutlich, daß bei den Nichtmillionären die Freibeträge 45 % des Gesamtvermögens betrugen, so daß ihre Steuerschuld nur 0,31 % des Gesamtvermögens in Anspruch nahm. Die Jahressteuerschuld aller natürlichen Personen hatten zu 55 % die Millionäre zu tragen, und zwar jeder von ihnen im Durchschnitt etwa 16 000 DM.

39 % der Millionäre wohnten in den zum Hamburger Umland gehörenden Kreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg, obwohl deren

Die Vermögensmillionäre 1974 in den Kreisen

Nur unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

KREISFREIE STADT Kreis	Vermögensmillionäre		Gesamtvermögen in Mill.DM
	Anzahl	je 10 000 Einwohner	
FLensburg	72	7,7	152
KIEL	129	4,9	267
LÜBECK	132	5,6	424
NEUMÜNSTER	51	5,9	80
Dithmarschen	35	2,6	82
Hzgt. Lauenburg	162	10,8	551
Nordfriesland	60	3,7	100
Ostholstein	102	5,5	204
Pinneberg	178	7,0	489
Plön	50	4,4	139
Rendsburg-Eckernförde	139	5,9	288
Schleswig-Flensburg	47	2,7	83
Segeberg	78	4,2	230
Steinburg	67	5,1	148
Stormarn	147	8,7	365
Schleswig-Holstein	1 449	5,6	3 602

Anteil an der Landesbevölkerung nur 30 % betrug. Im Herzogtum Lauenburg kamen auf je 10 000 Einwohner mit fast 11 die relativ meisten Vermögensmillionäre. In Dithmarschen dagegen wohnten 1974 5,2 % der Schleswig-Holsteiner, aber nur 2,4 % der Millionäre des Landes. Die kreisfreien Städte hatten mit 26 % etwa gleich große Anteile an den Millionären wie an der Bevölkerung Schleswig-Holsteins.

Das Vermögen der nichtnatürlichen Personen

In Schleswig-Holstein waren für das Jahr 1974 insgesamt 2 891 nichtnatürliche Personen unbeschränkt vermögensteuerpflichtig. Das sind 1,4 % weniger als 1972, obwohl die Rechtsform der GmbH, der 1974 drei Viertel aller Steuerpflichtigen zugehörten, im selben Zeitraum weiter an Attraktivität gewonnen hat: Die Statistik weist von 1972 bis 1974 für Schleswig-Holstein eine Steigerung der Zahl der Kapitalgesellschaften um 19 % auf 3 600 aus, wobei die Verwaltungsgesellschaften der GmbH & Co KG mitgezählt sind. Daß die Veranlagungsfälle dennoch zurückgegangen sind, ist dadurch zu erklären, daß es bis 1972 bei den unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften die sogenannte Mindestbesteuerung gab. Danach hatte, auch wenn das tatsächliche Vermögen niedriger oder gar negativ war, zum Beispiel eine AG ein Mindestvermögen von 50 000 DM und eine GmbH 20 000 DM zu versteuern. 1972 gab es 1 034 solcher Mindestbesteuer-

erungsfälle, von denen nach dem reformierten Vermögensrecht höchstens die 606 Fälle mit positivem Gesamtvermögen zur Veranlagung geführt hätten. Von den 2 891 Steuerpflichtigen 1974 waren 508 erstmals veranlagt worden. Beschränkt steuerpflichtige nichtnatürliche Personen gab es 1974 in Schleswig-Holstein nicht. Das unabgerundete Gesamtvermögen aller nichtnatürlichen steuerpflichtigen Personen betrug 3,672 Mrd. DM. Es gehörte zu 17 % den Aktiengesellschaften und zu 49 % den Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Nicht ganz die Hälfte (48 %) der nichtnatürlichen steuerpflichtigen Personen hatte ein Gesamtvermögen von jeweils weniger als 50 000 DM. Zusammen ergab das nur 33 Mill. DM und damit noch nicht einmal 1 % der Summe der Gesamtvermögen dieser Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen. Die Vermögenskonzentration wird noch deutlicher durch die Tatsache, daß in nur 376 Fällen (13 %) die Veranlagungen ein Vermögen von mehr als einer Million DM ergaben, diese Großvermögen aber an der Summe der Gesamtvermögen der nichtnatürlichen Personen einen Anteil von 91 % hatten.

Das Durchschnittsvermögen je Steuerpflichtigen war bei den 27 Kreditanstalten des öffentlichen Rechts mit 20,3 Mill. DM am höchsten. Es lag auch bei den 45 Aktiengesellschaften mit 14,0 Mill. DM deutlich über dem der 2 189 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (0,8 Mill. DM). Das steuerpflichtige Vermögen der nichtnatürlichen Personen unterscheidet sich von deren Gesamtvermögen im wesentlichen nur durch die Vermögensabgabe, die 16 Mill. DM oder 0,4 % der Summe der Gesamtvermögen ausmachte. Die Zunahme des Wertes aller Gesamtvermögen gegenüber 1972 ist beträchtlich (+ 58 %) und auch hier in erster Linie auf die neuen Einheitswerte von 1964 für die Grundstücke und Gebäude zurückzuführen. Dagegen ist die Jahressteuerschuld der nichtnatürlichen Personen mit 26 Mill. DM nur um 10,5 % höher als 1972.

Bernd Struck

Vergleiche auch: „Die Millionenvermögen der natürlichen Personen in Schleswig-Holstein (Ergebnis der Vermögensteuerstatistik 1972)“ in dieser Zeitschrift, Heft 3/1976, S. 59

Wie lange studieren die Studenten in Schleswig-Holstein?

Schlagworte wie Numerus clausus, Verteilungsverfahren, Parkstudium oder Warteschlange kennzeichnen folgende Situation im Hochschulbereich: Nicht jeder Studienwillige kann — wenn überhaupt — sofort das Studium seiner ersten Wahl an der von ihm gewünschten Hochschule aufnehmen. Dem Ziel, diesen Zustand abzubauen, gelten auch Überlegungen, wie der Zeitaufwand für ein erfolgreiches Studium verkürzt werden kann, um so — bei gleicher Ausbildungskapazität — mehr Studenten auszubilden. Die Empfehlung u. a. des Wissenschaftsrates, verstärkt Kurzzeitstudiengänge einzuführen, schlägt sich auch in den Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes und der davon abgeleiteten Landeshochschulgesetze nieder. Dort ist festgelegt worden, daß das Studium in einer Regelstudienzeit von drei oder vier Jahren, also sechs oder acht Semestern, abgelegt werden soll, wobei Überschreitungen ausnahmsweise möglich sind.

Die Forderung nach einem zeitlich begrenzten Studium führt auch zu der Frage, warum Studenten länger studieren, als allgemein erwartet wird. Einmal ist es sicher die fachliche Überladung, die zu längeren Studienzeiten führt; in soweit müssen Studienreformen gewährleisten, daß die Hochschulausbildung in der geforderten Zeit überhaupt erfolgreich abgeschlossen werden kann. Zum anderen ist es der Student selbst, der durch Studiengangwechsel, Aufnahme eines Zweitstudiums, Wechsel der Hochschule, Exmatrikulation oder Beurlaubung zu einer Verlängerung seines Studiums beiträgt. In diesem Zusammenhang muß auch das sogenannte Parkstudium erwähnt werden: Studenten, die für das gewünschte Studium vorerst keinen Studienplatz erhielten, schreiben sich häufig für einen anderen Studiengang ein, um später über das Zulassungskriterium Wartezeit doch die gewünschte Immatrikulation zu erreichen. Allerdings werden nach den

Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes Parkstudienzeiten nach dem 31.3.1976 von der Wartezeit abgezogen, so daß sich die Zulassungschancen nach diesem Kriterium verschlechtern.

Aufschlüsse über die Gründe, die zu überhöhten Studienzeiten führen, erwartet man von den Ergebnissen einer Studentenverlaufsstatistik, die das Hochschulstatistikgesetz (HStatG) vom 31.8.1971 vorschreibt. Die amtliche Statistik ist zur Zeit noch nicht so weit, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Dagegen kann auf die Frage nach der Länge der Hochschulausbildung umfangreiches Datenmaterial aus der Individualbefragung der Prüfungskandidaten vorgelegt werden. Die folgenden Aussagen zur Studienzeit beziehen sich somit auf die Studenten, die eine Abschlußprüfung bestanden haben — bei einer Erfolgsquote von über 90 % in Schleswig-Holstein eine unerhebliche Einschränkung.

Nach dem Hochschulstatistikgesetz sind sowohl die Prüfungsämter als auch die Prüfungskandidaten selbst nach dem Prüfungs- und Studienverlauf zu befragen. Die Prüfungsämter geben Auskunft über die Art und das Ergebnis der Prüfung und in welchem Studienfach das Examen abgelegt wurde. Zusätzliche Informationen erbringt die Befragung der Prüfungskandidaten, nämlich über die aufgewandten Hochschul- und Fachsemester in den verschiedenen Studiengängen. Dabei ist ein Studiengang die Kombination mindestens eines Studienfaches mit einer Abschlußprüfung. Unter Fachsemester sind die Semester zu verstehen, die der Student im Hinblick auf die anstehende Prüfung in seinem Studiengang aufgewendet hat. War der Student vorher in einem anderen Studiengang eingeschrieben, so werden dort verbrachte Semester nur mitgezählt, wenn sie angerechnet werden. Das gilt auch für Studienzeiten an ausländischen Hochschulen. Urlaubssemester bleiben bei den Fachsemestern unberücksichtigt. Zu den Hochschulsemestern zählen alle Semester — auch Urlaubssemester — die, unabhängig vom angestrebten Studienziel, im Hochschulbereich verbracht worden sind, allerdings nur an Hochschulen im Bundesgebiet. Ein Wechsel des Studienganges oder der Hochschulart — zum Beispiel Fachhochschule/wissenschaftliche Hochschule — sowie die Aufnahme eines zweiten Studiums können also dazu führen, daß ein Student mehr Hochschul- als Fachsemester aufweist.

Der Zeitaufwand, der für ein erfolgreiches Studium notwendig ist, wird Studiendauer genannt. Im Unterschied dazu mißt die Verweildauer den Aufenthalt des Studenten im Hochschulbereich unabhängig da-

von, ob er ihn mit oder ohne Examen verläßt. Die hier vorgelegten Ergebnisse der Befragung der Prüfungskandidaten beschreiben die Studiendauer, die sowohl in Hochschul- als auch in Fachsemestern angegeben wird. Während sich die in Hochschulsemestern gezählte Studiendauer durch eine weitere Immatrikulation noch erhöhen kann, ist der in Fachsemestern ausgedrückte Zeitaufwand endgültig.

Die vorliegende Auswertung bezieht sich auf die Befragung der Prüfungskandidaten im Prüfungsjahr 1978, das die Prüfungsstatistiken des Wintersemesters 1977/78 und des Sommersemesters 1978 zusammenfaßt. 1978 legten in Schleswig-Holstein 3 286 Studenten eine Abschlußprüfung ab, darunter 3 012 Studenten (92 %) mit Erfolg. Bis zu diesem erfreulichen Ereignis benötigten sie eine durchschnittliche Studiendauer von 10,8 Hochschul- oder 10,0 Fachsemestern. Für die einzelnen Hochschulen ergaben sich Unterschiede. Ein Studium an Universitäten dauert erwartungsgemäß länger als an pädagogischen Hochschulen oder an Fachhochschulen. Die mittlere Studiendauer betrug an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck 13,4 Hochschul- und 12,4 Fachsemester. Damit wurde im Durchschnitt an dieser Hochschulart vier Semester länger als an den pädagogischen Hochschulen studiert und über fünf Semester länger als an Fachhochschulen. Das Musikstudium ist verschieden lang, je nachdem, ob man Hochschul- oder Fachsemester zählt. In Hochschulsemestern gemessen war die mittlere Studiendauer an der Musikhochschule Lübeck genau so lang wie im Mittel aller Hochschulen (10,8 Semester), mit nur 7,4 Fachsemestern unterschritten aber die Musikstudenten den Gesamtdurchschnitt von 10,0 Semestern deutlich. Dieser Unterschied von 3,4 Semestern zwischen Hochschul- und Fachsemester-Zahl, der an den anderen Hochschulen zwischen 0,8 und 1,2 liegt, deutet auf Besonderheiten des Musikstudiums hin, das sich nicht in so geregelten Bahnen vollzieht wie ein anderes Studium. Die Musikhochschule zeigt noch eine Abweichung: während allgemein die Männer länger studieren als die Frauen, war es hier bei den Hochschulsemestern umgekehrt. Beide beobachteten Besonderheiten der Musikhochschule können allerdings Zufallsergebnisse sein, weil die Zahl der Absolventen mit 23 gering ist.

Auch die Studentinnen der Fachhochschulen — jetzt gemessen in durchschnittlich absolvierten Fachsemestern — studierten länger als die Männer, doch ist der Unterschied zu gering, um davon Grundsätzliches abzuleiten. Die folgende Tabelle zeigt weiterhin, daß bei den männlichen Studenten die mittlere Studien-

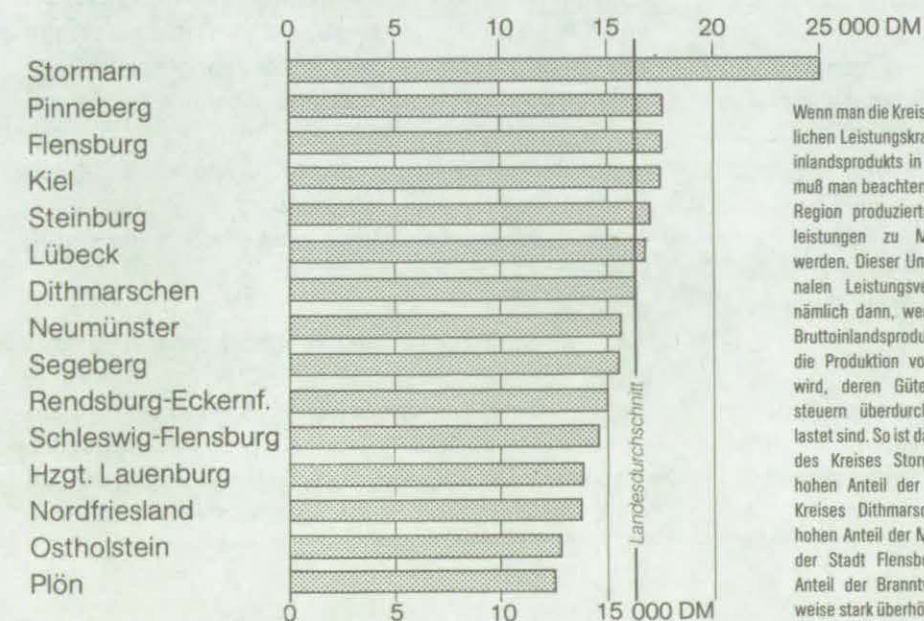
ANTEILE DER BEREICHE AN DER BRUTTOWERTSCHÖPFUNG IN DEN KREISEN 1976

D 5059

Einen gewissen Aufschluß über die Struktur der Wirtschaft in den Kreisen unseres Landes erhält man aus der Darstellung der Anteile, die die Wirtschaftsbereiche an der unbereinigten Bruttowertschöpfung jedes Kreises einnehmen. Im Land insgesamt hat der Wirtschaftsbereich „übrige Dienstleistungen“, der durch die Zusammenfassung von Dienstleistungsgewerbe, Staat, privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter etwas heterogen ist, mit 41,2 % den größten Anteil und übertrifft bereits den Wirtschaftsbereich „warenproduzierendes Gewerbe“ mit 37,1 %. Zum warenproduzierenden Gewerbe gehören die Unterbereiche „Energiewirtschaft und Bergbau“, „verarbeitendes Gewerbe“ und „Baugewerbe“. Die Bruttowertschöpfung des Bereichs „Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ erreichte einen Anteil von 14,4 %, so daß auf den tertiären Sektor mit 55,6 % bereits mehr als die Hälfte der gesamten Bruttowertschöpfung entfällt. Der Rest von 7,2 % der Bruttowertschöpfung kommt vom Wirtschaftsbereich „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei“.

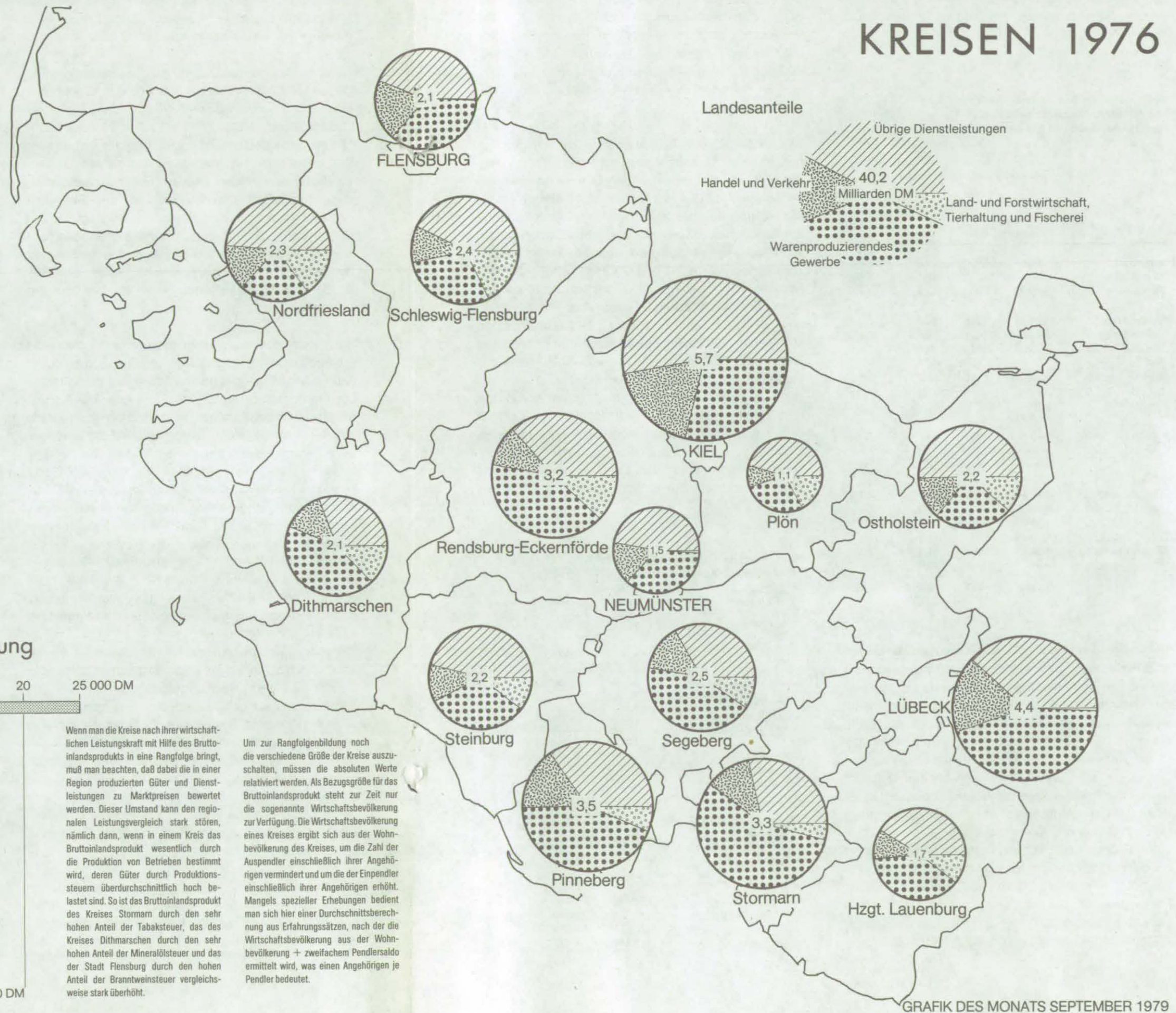
In den einzelnen Kreisen zeigen sich gegenüber dem Landesdurchschnitt zum Teil erhebliche Unterschiede. So gab es nach den Verhältnissen von 1976 in Schleswig-Holstein noch drei Kreise, in denen der Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei“ mehr als 15 % zur Bruttowertschöpfung beiträgt. Bei weiteren fünf Kreisen beträgt dieser Anteilswert mindestens 10 %, also noch nennenswert mehr als der Landesdurchschnitt von 7,2 %. Bereits in neun Kreisen sind die übrigen Dienstleistungen von größtem Gewicht. In den sechs Kreisen, in denen das warenproduzierende Gewerbe vorherrscht, beläuft sich dessen Anteilswert auf über 40 %. Bemerkenswert ist die große Streuung der Anteilswerte des warenproduzierenden Gewerbes zwischen den extremen Werten von 22,0 % im Kreis Nordfriesland und 56,3 % im Kreis Stormarn. Entsprechend liegen auch die Anteilswerte der übrigen Dienstleistungen mit 28,1 % im Kreis Stormarn und 53,2 % in Kiel weit auseinander. Das Gewicht des tertiären Sektors reicht von 39,7 % im Kreis Stormarn bis 71,6 % in Kiel. In 10 Kreisen kommt über die Hälfte der Bruttowertschöpfung aus dem tertiären Sektor.

Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung



Wenn man die Kreise nach ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft mit Hilfe des Bruttoinlandsprodukts in eine Rangfolge bringt, muß man beachten, daß dabei die in einer Region produzierten Güter und Dienstleistungen zu Marktpreisen bewertet werden. Dieser Umstand kann den regionalen Leistungsvergleich stark stören, nämlich dann, wenn in einem Kreis das Bruttoinlandsprodukt wesentlich durch die Produktion von Betrieben bestimmt wird, deren Güter durch Produktionssteuern überdurchschnittlich hoch belastet sind. So ist das Bruttoinlandsprodukt des Kreises Stormarn durch den sehr hohen Anteil der Tabaksteuer, das des Kreises Dithmarschen durch den sehr hohen Anteil der Mineralölsteuer und das der Stadt Flensburg durch den hohen Anteil der Branntweinsteuer vergleichsweise stark überhöht.

Um zur Rangfolgenbildung noch die verschiedene Größe der Kreise auszuschalten, müssen die absoluten Werte relativiert werden. Als Bezugsgröße für das Bruttoinlandsprodukt steht zur Zeit nur die sogenannte Wirtschaftsbevölkerung zur Verfügung. Die Wirtschaftsbevölkerung eines Kreises ergibt sich aus der Wohnbevölkerung des Kreises, um die Zahl der Auspendler einschließlich ihrer Angehörigen vermindert und um die der Einpendler einschließlich ihrer Angehörigen erhöht. Mangels spezieller Erhebungen bedient man sich hier einer Durchschnittsberechnung aus Erfahrungssätzen, nach der die Wirtschaftsbevölkerung aus der Wohnbevölkerung + zweifachem Pendler saldo ermittelt wird, was einen Angehörigen je Pendler bedeutet.



dauer in Hochschulsestern stärker von der entsprechenden Fachsemesterzahl abweicht als bei den Frauen; dies ist vielleicht ein Indiz dafür, daß Frauen zielstrebig studieren.

Absolventen mit bestandener Abschlußprüfung und durchschnittliche Studiendauer nach Hochschulart und Geschlecht

Hochschulart	Geschlecht	Absolventen	Durchschnittliche Studiendauer in	
			Hochschul- semestern	Fach- semestern
Universität Kiel/	männl.	930	13,8	12,8
Medizinische	weibl.	427	12,4	11,8
Hochschule Lübeck	Insges.	1 357	13,4	12,4
Pädagogische	männl.	308	10,2	8,8
Hochschulen	weibl.	526	8,8	8,4
Kiel und Flensburg	Insges.	834	9,4	8,6
Musikhochschule	männl.	10	10,2	8,0
Lübeck	weibl.	13	11,4	7,0
	Insges.	23	10,8	7,4
Fachhochschulen	männl.	581	8,2	7,0
	weibl.	158	7,8	7,2
	Insges.	739	8,0	7,0
Ohne Angabe	männl.	40	9,4	8,0
der Hochschule	weibl.	19	8,0	7,2
	Insges.	59	9,0	7,8
Alle Hochschulen	männl.	1 869	11,4	10,2
	weibl.	1 143	10,0	9,4
	Insges.	3 012	10,8	10,0

Die Vielfalt des Lehrangebots vor allem an der Universität Kiel verlangt eine weitergehende Untergliederung der obigen Angaben. Die nachstehenden Ergebnisse beziehen sich auf sogenannte Fächergruppen, die im wesentlichen den Organisationseinheiten der Fachbereiche (Fakultäten) an der Christian-Albrechts-Universität entsprechen. Abweichend wird die Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften definiert, die mit der Fakultät Philosophie vergleichbar ist. Unter diesen Wissenschaften wird nämlich auch die Theologie geführt, die an der Kieler Universität einen selbständigen Fachbereich darstellt. Dagegen wird hier Sport als eigenständige Fächergruppe behandelt, eine Disziplin, die in Kiel ein Studienfach des Fachbereichs Philosophie ist. Die Fächergruppe Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften umfaßt auch die Rechtswissenschaften, die an der Christian-Albrechts-Univer-

sität einen eigenen Fachbereich ausmachen. Vollständigkeitshalber sind auch die wenigen Absolventen der Kunst, Kunstwissenschaft aufgeführt, die in Kiel der Philosophie zugeordnet sind. In den weiteren Betrachtungen bleiben diese Studenten genauso unberücksichtigt wie die Absolventen aus anderen Studiengängen, in denen weniger als zehn Studenten eingeschrieben waren.

Wie in der nächsten Tabelle zu sehen ist, entsprechen nur in der Wirtschaftswissenschaft die beiden Werte der mittleren Studiendauer den Durchschnittswerten der Universität (13,4 Hochschul-, 12,4 Fachsemester). Die Absolventen der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften insgesamt aber benötigten durchschnittlich weniger Semester, was besonders für den Juristennachwuchs gilt, der 12,4 Hochschul- oder 11,8 Fachsemester studierte. In einer noch kürzeren Zeit absolvierten die Agrarwissenschaftler ihr Studium, nämlich in 11,6 Hochschul- oder 10,4 Fachsemestern. Mit weniger Fachsemestern kamen nur noch die Theologen (10,0 Fachsemester) aus. Auch die Sportstudenten konnten mit einer Studienzeit von 11,8 Hochschul- und Fachsemestern relativ früh ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Die Studenten der Sprach- und Kulturwissenschaften lagen mit einer mittleren Studiendauer von 12,8 Hochschul- oder 12,2 Fachsemestern noch unter dem Durchschnitt aller Absolventen der Kieler Universität. Überdurchschnittlich

Absolventen der Universität Kiel mit bestandener Abschlußprüfung

Fächergruppe	Absolventen	Durchschnittliche Studiendauer in	
		Hochschul- semestern	Fach- semestern
Sprach- und Kulturwissenschaften	217	12,8	12,2
darunter Theologie	12	11,6	10,0
Sport	29	11,8	11,8
Mathematik, Naturwissenschaften	407	13,8	13,0
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	260	12,6	12,0
darunter Rechtswissenschaften	180	12,4	11,8
Wirtschaftswissenschaften	72	13,4	12,4
Agrarwissenschaften	99	11,6	10,4
Medizin	242	14,4	13,2
Kunst, Kunstwissenschaft	9	16,8	13,2
Insgesamt	1 263	13,4	12,4

lange dauerte mit 13,8 Hochschul- oder 13,0 Fachsemestern dagegen das Studium in den Mathematik, Naturwissenschaften. Die Fächergruppe mit der höchsten durchschnittlichen Studiendauer ist aber Medizin. Für ihre Hochschulausbildung benötigten die Medizinstudenten 14,4 Hochschul- oder 13,2 Fachsemester.

Neben dem Durchschnittswert ist die Streuung ein weiteres Maß, die Studiendauer der Absolventen in den einzelnen Fächergruppen zu charakterisieren. Die Streuung gibt an, um wieviel im Durchschnitt die verbrachten Semester der einzelnen Studenten vom Mittelwert abweichen. Mit Hilfe der Standardabweichung kann gezeigt werden, daß die für die Fächergruppe Medizin errechnete mittlere Studiendauer den Zeitaufwand der Absolventen recht zutreffend umschreibt. Im Durchschnitt weichen die einzelnen Studienzeiten nur um 1,8 Hochschul- oder 1,7 Fachsemester nach oben und unten von der mittleren Studiendauer ab. Auf der anderen Seite streuen die Einzelangaben in den Mathematik, Naturwissenschaften am stärksten, nämlich durchschnittlich um 2,9 Hochschul- oder 3,0 Fachsemester. Die Standardabweichungen der mittleren Studiendauer in allen anderen Fächergruppen liegen zwischen diesen Werten.

Streuungsmaße weisen auf Unterschiede der Studiendauer innerhalb einer Fächergruppe hin, die vor allem in den Naturwissenschaften und Sprach- und Kulturwissenschaften auftreten. Wer zum Beispiel Chemie studiert, kann sich an einer mittleren Studiendauer von 15,2 Hochschul- oder 14,6 Fachsemestern orientieren, als Physikstudent an 15,0 Hochschul- oder 14,0 Fachsemestern und als Student der Biologie an 14,6 Hochschul- oder ebenfalls 14,0 Fachsemestern. Noch mehr Zeit muß der Chemiestudent einkalkulieren, wenn er das Lehramt an Gymnasien anstrebt. Für diesen Studiengang benötigten die Absolventen 15,8 Hochschul- oder 15,2 Fachsemester. Auf überproportional lange Studienzeiten hat sich auch der Physikstudent einzustellen, der das Diplom erlangen will, nämlich auf eine mittlere Studiendauer von 16,0 Hochschul- oder 15,0 Fachsemestern. Mit der Diplomprüfung und dem ersten Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien sind damit die Abschlüsse genannt, die vergleichsweise lange Studienzeiten in den Naturwissenschaften voraussetzen: Im Durchschnitt konnte das Diplom nach 14,2 Hochschul- oder 13,6 Fachsemestern erworben werden, während die Prüfung für das Lehramt an Gymnasien nach 14,0 Hochschul- oder 13,8 Fachsemestern abgelegt wurde. In einer unter dem Durchschnitt der Studiendauer in den Naturwissenschaften liegenden Zeit absolvierten dagegen

die zukünftigen Realschullehrer ihr Studium: nach 12,4 Hochschul- oder 11,8 Fachsemestern war der erste Abschnitt der Lehrerausbildung abgeschlossen. Besonders kurz stellt sich die Ausbildung im Studiengang Pharmazie dar, die mit dem Staatsexamen abschließt. Der Apothekernachwuchs studierte durchschnittlich 9,6 Hochschul- oder 8,4 Fachsemester. Damit benötigten diese Absolventen über sechs Semester weniger als die Chemiestudenten, die das Lehramt an Gymnasien anstrebten.

Auch in den Sprach- und Kulturwissenschaften gibt es Studiengänge, deren mittlere Studiendauer vom Durchschnitt (12,8 Hochschul-, 12,2 Fachsemester) abweicht. Das gilt auch hier vor allem für die Studienfächer, die mit dem ersten Staatsexamen zum Lehrer an Gymnasien führen. Wer einmal als Studienrat Geschichte lehren will, benötigte für diese Qualifikation durchschnittlich 14,4 Hochschul- oder 14,2 Fachsemester. Damit dauert diese Ausbildung deutlich länger als im Mittel dieser Fächergruppe. Nicht viel geringer ist der Zeitaufwand für den Erwerb der Lehrbefähigung in dem Unterrichtsfach Deutsch, die im Durchschnitt nach 14,4 Hochschul- oder 13,2 Fachsemestern erworben wurde. Studenten, die später die Fächer Englisch und Französisch an Gymnasien unterrichten wollen, wiesen Studienzeiten auf, die nicht ganz so lang waren, doch noch immer über der mittleren Studiendauer in den Sprach- und Kulturwissenschaften lagen. Neben dem Studium für das höhere Lehramt zählt das Diplomstudium der Psychologie zu den zeitaufwendigen Studiengängen. Bevor die jungen „Seelenärzte“ die erlernten Theorien berufsmäßig umsetzen dürfen, mußten sie durchschnittlich 14,4 Hochschul- oder 13,4 Fachsemester studieren. Die Hochschulausbildung zum Realschullehrer zählt dagegen auch in den Sprach- und Kulturwissenschaften zu den kürzeren Studiengängen. Für die vier genannten Unterrichtsfächer Deutsch, Geschichte, Englisch und Französisch liegt die mittlere Studiendauer unter dem Durchschnittswert der Fächergruppe. Das trifft für den Nachwuchs der Französischlehrer besonders zu, die durchschnittlich 9,6 Hochschul- oder 9,8 Fachsemester absolvierten. Daß hier die Fachsemesterzahl größer ist als die Hochschulsemesterzahl, erklärt sich durch die Möglichkeit eines Auslandsstudiums, das für den Fremdsprachenunterricht von großem Vorteil sein kann. Die mittlere Studiendauer für den Studiengang Diplom-Pädagoge entspricht hinsichtlich der studierten Hochschulsemester dem Fächergruppendurchschnitt, mit durchschnittlich 11,2 Fachsemestern zählt jedoch auch das Pädagogikstudium zu den kürzeren Studiengängen der Sprach- und Kulturwissenschaften.

Je nachdem, welche Spezialisierung angestrebt wird, zeigen sich auch in der Ausbildungszeit des Ärztenachwuchses Unterschiede. Die zukünftigen Zahnärzte studierten mit durchschnittlich 13,2 Hochschul- oder 11,8 Fachsemestern nicht ganz so lange wie die Studenten, die in der allgemeinen Medizin das Examen nach 14,8 Hochschul- oder 13,8 Fachsemestern ablegten. Im Durchschnitt hatten die Studenten an der Medizinischen Hochschule Lübeck, wo die Ausbildung zum Zahnarzt fehlt, mit 13,0 Hochschul- oder 12,8 Fachsemestern weniger Semester aufzuweisen als ihre Kommilitonen in Kiel. Der Unterschied bei den abgelegten Hochschulsemestern kann durch den höheren Anteil im Ausland verbrachter Semester bei den Lübecker Studenten erklärt werden.

Wie gezeigt werden konnte, ist der Zeitaufwand für ein erfolgreiches Studium auch von der Art der Abschlußprüfung abhängig. Auf eine gesonderte Darstellung der Studiendauer der Promoventen wird verzichtet, die besonders häufig Mediziner sind. Die Angabe der Semesterzahl bis zur Erlangung der Doktorwürde ist problematisch, da das Promotionsstudium oft als Zweitstudium, in anderen Fällen als Fortsetzung des ersten Studienganges angesehen wird. Diese unterschiedliche Auslegung wirkt sich bei den Fachsemesterzahlen aus. Wenn die Promotion als neuer Studiengang angesehen wird, gehören zu ihr nur wenige Fachsemester, so daß die Differenz zur Zahl der Hochschulemester besonders hoch ausfällt. Das wird wohl auch die Erklärung dafür sein, daß in der Agrarwissenschaft und Pädagogik der Unterschied zwischen Hochschul- und Fachsemestern mehr als ein Semester beträgt. Die relativ großen Abweichungen der Semesterangaben in den Studiengängen der Pharmazie und Zahnmedizin werden vermutlich zusätzlich dadurch verursacht, daß die Zeiten eines Parkstudiums hauptsächlich den Hochschulemestern zugerechnet werden.

An den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg studierten die 834 Absolventen im Schnitt 9,4 Hochschul- oder 8,6 Fachsemester. Die mittleren Studiendauern für die einzelnen Studiengänge weichen dort nicht in dem Maße voneinander ab wie an der Universität Kiel, Unterschiede gibt es aber auch an dieser Hochschulart. Im Durchschnitt dauerte das Studium für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen 8,5 Hochschul- oder 7,9 Fachsemester und für das Lehramt an Realschulen 9,6 Hochschul- oder 8,8 Fachsemester. Dabei spielte es hinsichtlich der Studiendauer keine Rolle, ob man diese Studiengänge in Kiel oder Flensburg abschließt. Die angehenden Sonderschullehrer beendeten ihre Hochschulausbildung nach

9,8 Hochschul- oder 8,8 Fachsemestern. Relativ hohe Semesterzahlen wiesen die Studenten der Pädagogik auf, die nach 12,4 Hochschul- oder 10,5 Fachsemestern die Diplomprüfung erfolgreich ablegten.

Die Ausbildungszeiten in den einzelnen Unterrichtsfächern entsprechen etwa dem durchschnittlichen Zeitaufwand für ein Studium an den pädagogischen Hochschulen. Nur in den Fächern Physik, Politik- und Sozialwissenschaften und Kunst und Kunstgeschichte in Kiel sowie in Geographie (für Realschullehrer) dauerte das Studium relativ lange, wenn die absolvierten Hochschulemester dafür als Maß herangezogen werden. Die durchschnittlich studierten Fachsemester weichen dagegen auch in diesen Fächern nur unwesentlich von der mittleren Studiendauer aller Absolventen ab. Die vergleichsweise große Differenz zwischen der in Hochschul- und Fachsemestern ausgedrückten Studienzeit läßt den Schluß zu, daß in diesen Unterrichtsfächern irgendwann einmal ein Studiengangwechsel vollzogen wurde.

Die 739 Studenten der Fachhochschulen schlossen das Studium nach 8,0 Hochschul- oder 7,0 Fachsemestern mit der Graduierung ab. Geringfügige Abweichungen davon sind für die einzelnen Fachhochschulen festzustellen: 7,6 Hochschul- oder 6,8 Fachsemester in Flensburg, 7,8 Hochschul- oder 7,0 Fachsemester in Kiel und schließlich in Lübeck 8,4 Hochschul- oder 6,8 Fachsemester. Nur an der privaten Fachhochschule in Wedel studierten die Absolventen deutlich länger, nämlich durchschnittlich 9,8 Hochschul- oder 9,0 Fachsemester.

Absolventen der Fachhochschulen mit bestandener Abschlußprüfung

Fachhochschule	Absolventen	Durchschnittliche Studiendauer in	
		Hochschulsemestern	Fachsemestern
Fachhochschule Flensburg	50	7,6	6,8
Fachhochschule Kiel	428	7,8	7,0
Fachhochschule Lübeck	217	8,4	6,8
Fachhochschule Wedel	44	9,8	9,0
Fachhochschulen insgesamt	739	8,0	7,0

Die für den Fachhochschulbereich charakteristische Studiendauer wird in einigen Studiengängen überschritten. Den höchsten Zeitaufwand für ein erfolgreiches Studium verzeichneten mit durchschnittlich

11,8 Hochschul- oder 10,0 Fachsemestern die Studenten im Fachbereich Gestaltung an der Fachhochschule Kiel. Sehr lange Studienzeiten benötigten weiterhin die Graduierten in dem Studienfach Physikalische Technik (10,4 Hochschul-, 9,2 Fachsemester) in Wedel, wie auch die Absolventen des Studienfaches Architektur (9,2 Hochschul-, 8,2 Fachsemester) an der Fachhochschule Kiel. Die Graduierung in den Studienfächern Landwirtschaft (6,6 Hochschul- oder Fachsemester), Betriebswirtschaft (7,0 Hochschul-, 6,6 Fachsemester) und Sozialwesen (7,2 Hochschul-, 6,8 Fachsemester) — alles Studiengänge der Fachhochschule Kiel — erreichten die Studenten dagegen mit dem geringsten Zeitaufwand. Studiengänge mit extrem geringer Absolventenzahl blieben unberücksichtigt.

Die Organisation eines Fachhochschulstudiums läßt eigentlich weitgehende Übereinstimmung der durchschnittlich absolvierten Hochschul- und Fachsemester erwarten. Um so mehr überrascht zunächst der relativ große Unterschied zwischen den beiden Arten der Studiendauer, der für die Fachhochschule Lübeck mit 1,6 Semestern am größten, in Wedel und Flensburg mit 0,8 Semestern am niedrigsten war. Die Differenz zwischen Hochschul- und Fachsemesterangaben er-

klärt sich u. a. durch die Möglichkeit eines Zweitstudiums, das eine Graduierung voraussetzt. So wird in Lübeck die Zusatzausbildung für den Studiengang Technisches Gesundheitswesen angeboten, der in drei Semestern abgeschlossen werden kann. Das Angebot eines Zusatzstudiums besteht auch in Flensburg mit dem Studiengang Schiffsbetriebstechnik und in Kiel, wo für bereits Graduierte das Studium der Kerntechnik möglich ist. Definitionsgemäß werden die Semester zur ersten Graduierung bei der Angabe der Hochschulsemester für das Zweitstudium mitgezählt, nicht aber bei den Fachsemestern. Der im Studienfach Gestaltung beobachtete Unterschied von ebenfalls 1,8 Semestern läßt sich hingegen mehr vom Aufbau und Ablauf eines Kunststudiums erklären. Der besonders für Künstler wohl notwendige Freiraum zum Studieren führte ja auch bei den Absolventen der Musikhochschule in Lübeck dazu, daß die Hochschulsemester im Durchschnitt die Fachsemester um 3,4 Semester übersteigen. Schließlich sind es die Urlaubssemester, die in einigen Fällen für den Nachweis der Praktika nötig waren und zu dem größeren Abstand zwischen den beiden Semesterangaben führen.

Karl-Friedrich Wormeck

Abiturienten, die nicht studieren wollen

Der Anteil der Schüler, die studieren wollen, geht seit Jahren zurück. Zeigten 1972 noch 85 % der Studienberechtigten Interesse an einem Studium, so waren es 1979 nur noch 65 %. Das ergab die jährliche Befragung der Schüler in Schleswig-Holstein, die die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife (Abitur) oder der Fachhochschulreife verlassen wollen und schon ein Vierteljahr vorher Gelegenheit erhalten, sich zu ihren Studienwünschen zu äußern. Rechtsgrundlage für die Erhebung ist das Hochschulstatistikgesetz, das auch vorschreibt, die studienwilligen Schüler nach dem Berufsziel zu befragen. Zur freiwilligen Beantwortung werden außerdem an die Schüler, die nicht studieren wollen, weitere Fragen zu ihren Berufsvorstellungen gerichtet, wobei in diesem Beitrag nur die Antworten der Abiturienten berücksichtigt werden. Um die stati-

stische Aussagefähigkeit über die Zukunftspläne dieser Gruppe zu sichern, sind die Ergebnisse der Jahre 1977, 1978 und 1979 zusammengefaßt. Somit waren 2 285 Schüler, die nach dem Erwerb der allgemeinen Hochschulreife kein Studium aufnehmen wollten, aufgefordert, auf die Zusatzbefragung zu antworten, und 1 483 Schüler (65 %) taten es auch. Zu beachten ist, daß die Angaben zu den Berufsvorstellungen Wünsche oder Absichten bezeichnen, über deren Realisierung hier nichts gesagt werden kann.

Die Absicht, nicht zu studieren, stand für die auskunftswilligen Abiturienten nicht von vornherein fest. Immerhin hatten von den knapp 1 500 Schülern rund 870 (58 %) irgendwann einmal ernsthaft erwogen zu studieren. Als Studienwünsche hatten dabei Sprach-

Berufswünsche der Abiturienten, die nicht studieren wollen, 1977, 1978 und 1979

Berufsbereich	Abiturienten					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	12	1	10	2	2	0
Fertigungsberufe	85	6	43	8	42	4
Technische Berufe	46	3	11	2	35	4
Dienstleistungsberufe	1 237	83	399	76	838	88
davon						
Warenkaufleute	80	5	27	5	53	6
Dienstleistungskaufleute	308	21	100	19	208	22
Verkehrsberufe	7	0	6	1	1	0
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	347	23	110	21	237	25
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	138	9	111	21	27	3
Schriftwerkschaffende, Schriftwerkordnende sowie künstlerische Berufe	49	3	16	3	33	3
Gesundheitsdienstberufe	212	14	5	1	207	22
Sozial- und Erziehungsberufe	50	3	18	3	32	3
allgemeine Dienstleistungsberufe	46	3	6	1	40	4
Unbestimmt	103	7	63	12	40	4
Insgesamt	1 483	100	526	100	957	100

wissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Medizin und Ingenieurwissenschaften im Vordergrund gestanden. Nachdem man den Studienwunsch aufgegeben hatte, verfestigten sich andere Berufspläne, so daß zum Zeitpunkt der Befragung nur 7 % der Abiturienten noch keine konkreten Berufsvorstellungen hatten.

Die von den Abiturienten angegebenen Berufe wurden nach der „Klassifizierung der Berufe“ des Statistischen Bundesamtes verschlüsselt und aggregiert, wobei hier nur die oberen Gliederungsebenen, Berufsbereich und Berufsabschnitt, dargestellt werden. So verfahren, zeigt sich, daß die meisten der Abiturienten, die ohne Studienabsicht sind, in Dienstleistungsberufe streben.

Von den 1 483 Abiturienten hatten 1 237 (83 %) vor, einen Beruf des Dienstleistungsbereichs zu ergreifen. Vor allem die Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe, der Beruf des Dienstleistungskaufmanns (zum Beispiel Bankkaufmann) und die Gesundheitsdienstberufe sind beliebte Ausbildungsziele, die einem Studium vorgezogen werden. Damit haben sich die Ergebnisse der gleichen Untersuchung für die Jahre 1974, 1975 und 1976 bestätigt, als sogar 88 % der

Schüler einen Dienstleistungsberuf anstrebten¹. Lediglich in der Reihenfolge dieser drei bevorzugten Berufsabschnitte zeigen sich Verschiebungen. Die Beliebtheit der Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe ist zurückgegangen. Vor drei Jahren hatte knapp jeder dritte studienunwillige Abiturient (32 %) vor, einen solchen Beruf zu ergreifen, jetzt beläuft sich dieser Anteil auf 23 %. Etwas rückläufig ist auch das Interesse an einem Gesundheitsdienstberuf. Beabsichtigten im Zeitraum 1974/1976 17 % der knapp 1 400 Schüler später einmal Dienst an Kranken zu üben, so waren es im darauffolgenden Beobachtungszeitraum 14 %. Dagegen stieg der Anteil der Abiturienten, die Dienstleistungskaufmann werden wollten, und zwar um neun Prozentpunkte auf 21 %.

Zurückgegangen ist auch der Wunsch, einen Ordnungs- oder Sicherheitsberuf zu erlernen, den vorher 12 %, jetzt aber nur noch 9 % der am Studium uninteressier-

1) Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 28. Jahrgang, Heft 10, Oktober 1976

ten Schüler anstrebten. Einschließlich dieses Berufes sehen damit zwei Drittel (68 %) der auskunftswilligen Abiturienten in einem dieser vier Berufsabschnitte eine Zukunftsperspektive. Die Konzentration der Nachfrage auf die genannten Berufe hat allerdings gegenüber der ersten Untersuchungsperiode abgenommen, für die ein vergleichbarer Anteil von 73 % festgestellt worden war. Der Wunsch nach Tätigkeiten in einem der anderen Berufsbereiche bleibt weiterhin gering, auch wenn die Quote der hierfür Interessierten auf 10 % um zwei Punkte gestiegen ist.

Die Differenzierung der Berufswünsche nach dem Geschlecht zeigt, daß die Dienstleistungsberufe stärker noch von weiblichen (88 %) als von männlichen Abiturienten (76 %) angestrebt werden. Der Wunsch, später in Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen oder als Dienstleistungskaufmann zu arbeiten, ist bei beiden Geschlechtern dominant, wobei die Anteile der Interessenten an diesen Berufsabschnitten bei den Schülerinnen mit Werten von 25 % und 22 % höher liegen als bei den männlichen Schülern (21 % und 19 %). Das für die Gesamtheit der Schüler Gesagte bestätigt sich auch hier: Gegenüber der Vorperiode waren bei beiden Geschlechtern die Verwaltungs- und Organisationsberufe nicht mehr so beliebt, dagegen stieg die Einschätzung der Dienstleistungskaufleute.

Neben diesen für junge Männer und Frauen gleichermaßen attraktiven Berufszielen, gibt es andere, die entweder von Frauen oder von Männern bevorzugt werden. Typisch dafür sind die Gesundheitsdienstberufe, denen sich 22 % der weiblichen Abiturienten zuwenden wollten, während das nur 1 % der männlichen Kollegen vorhatten. Umgekehrt sind es vor allem Männer, die — berufsmäßig — für Ordnung und Sicherheit sorgen möchten. 21 % der rund 530 männlichen Abiturienten wünschten sich eine Tätigkeit in Ordnungs- und Sicherheitsberufen, die mit einem Anteilswert von 3 % bei den fast 960 Frauen am Ende der Wunschliste standen. Vielleicht entscheiden sich sogar noch mehr Männer für die Laufbahn eines Polizeibeamten oder Soldaten, denn immerhin waren sich zum Zeitpunkt der Befragung noch 12 % von ihnen im unklaren über ihren beruflichen Werdegang. Anders die Frauen, von denen nur 4 % über ihre Berufsausbildung zweifelten.

Kann der Anteil der Unentschlossenen durch eine höhere Transparenz des Arbeitsmarktes abgebaut werden? Den jungen Menschen stehen eine Reihe von Informationsquellen zu den Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung, die auch genutzt werden. Von den 1 500 Schülern, die nach dem Abitur nicht studieren

wollten, gaben 78 % an, sich vorher eingehend informiert zu haben. Jeder Abiturient konnte bis zu drei Informationsquellen nennen. Aufklärung über die Ausbildungsmöglichkeiten versprechen sich die Interessierten vor allem durch Broschüren und durch die Berufsberatung. Daneben wird auch das persönliche Gespräch als Entscheidungshilfe gerne herangezogen, und zwar vorrangig mit Ausbildern und solchen, die in dem angestrebten Beruf ausgebildet sind. Die Eltern und Lehrer werden dagegen nach den vorliegenden Ergebnissen nur selten zu Rate gezogen.

Welche Gründe sind für die Berufsentscheidung hauptsächlich maßgebend? Für die Beantwortung dieser Frage wurden den Schülern neun mögliche Motive vorgegeben, von denen sie auch mehrere ankreuzen durften, so daß schließlich gut 3 900 Antworten vorlagen. Die persönliche Neigung und das Interesse am Beruf, zwei subjektiv geprägte Gründe, wurden in über der Hälfte der Fälle (51 %) als Motiv für den Ausbildungswunsch genannt. Andere begründeten ihre Entscheidung mit der Qualität der Ausbildung oder der Chance, schnell Geld zu verdienen; 22 % der Antworten bezogen sich auf diese beiden Gründe. Entscheidungshilfen, die aus der Hochschulsituation abgeleitet werden können, wie zum Beispiel die Praxisferne eines Studiums oder der Numerus clausus, spielten eine unbedeutende Rolle. Nur in 9 % der vorliegenden Fälle wurden diese zwei Gründe angeführt. Praktisch ohne Einfluß auf die Berufswahl sind die Vorstellungen der Eltern. Die Anteile der einzelnen Motive sind übrigens unabhängig von der Geschlechterzugehörigkeit.

Nach den vorliegenden Ergebnissen soll der Beruf vorrangig der persönlichen Neigung und den Interessen entsprechen, doch spielen für die Berufswahl selbstverständlich auch die Verdienstvorstellungen eine wesentliche Rolle. Daher wurden die Schüler aufgefordert, sich über ihre Einkommenserwartungen zu äußern. Auf die Frage, mit welchem monatlichen Brutto-Einkommen sie unmittelbar nach dem Ausbildungsabschluß rechnen, antworteten etwa 950 (64 %) der 1 500 Schüler. Von den Auskunftswilligen glaubten 71 %, zuerst einmal bis zu 1 600 DM im Monat zu verdienen. Mit einem Bruttoverdienst zwischen 1 600 und 1 800 DM rechneten 9 % der auskunftsbereiten Abiturienten und 20 % von ihnen hofften schon zu Anfang ihrer Berufsausübung auf einen Verdienst von 1 800 DM oder mehr. Bei der gleichen Befragung vor drei Jahren erwarteten nur 9 % der Schüler ein Monatseinkommen von mindestens 1 800 DM.

Über ihre Vorstellung vom Verdienst nach fünfjähriger Berufstätigkeit gaben 810 Abiturienten Auskunft, was

einer Antwortquote von 55 % entspricht. Mit zunehmenden Berufserfahrungen werden auch deutlich steigende Einkommen erwartet. Jeder dritte Auskunftswillige (34 %) meinte, fünf Jahre nach Ausbildungsschluß 2 500 DM oder mehr verdienen zu können. Gegenüber der ersten Untersuchung ist dieser Anteil damit um 13 Prozentpunkte gestiegen. Ein Brutto-Einkommen zwischen 1 800 DM und 2 500 DM erwarteten 42 % der Schüler und nur jeder Vierte gab sich mit 1 800 DM oder weniger zufrieden. Offensichtlich

haben sich auch bei den studienunwilligen Abiturienten die Verdienstvorstellungen der allgemeinen Einkommenserwartung angepaßt. Bei der Interpretation der Zahlen über die Verdienstvorstellungen muß beachtet werden, daß die Ergebnisse von drei Schuljahren zusammengefaßt wurden und damit der Einfluß der jährlichen Einkommensentwicklung nicht berücksichtigt werden konnte.

Karl-Friedrich Wormeck

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 – 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Alter und Berufswünsche der Abiturienten

Jahr	Geschlecht (Schulart)	Bestandene Reife- prüfungen (ohne Externe ¹⁾)	Alter der Abiturienten in Jahren					Berufswünsche der Abiturienten			außerdem bestandene Reife- prüfungen von Externen ¹⁾
			17	18	19	20	21 und mehr	Hoch- schul- studium 2)	Berufs- soldat	sonstige Berufe und un- bestimmt	
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920											
1878	männlich	90	2	19	15	28	26	85	1	4	-
1879	männlich	101	1	19	29	26	26	92	2	7	-
1910/11	männlich	315	18	77	102	69	49	263	16	36	14
1911/12	männlich	367	22	93	104	96	52	285	17	65	21
1912/13	männlich	402	20	117	129	89	47	294	18	90	20
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936											
1926	Schulen für die männl. Jugend	385(7) ^a	38	152	128	46	21	283	13	89	18
	Schulen für die weibl. Jugend	52	-	14	25	11	2	39	.	13	1
1932	männlich	643	89	192	173	122	67	342	301 ^b	.	.
	weiblich	279	20	81	120	40	18	143	136 ^c	.	.
Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937											
Geburtsjahrgang											
			-	1944	1943	1942	1941	1940 und früher			
1963 ³⁾	männlich	1 616	-	249	736	413	163	55	1 262	102	252
(März)	weiblich	986	-	202	555	178	44	7	762	.	224
			-	1946	1945	1944	1943	1942 und früher			
1965 ³⁾	männlich	1 421	-	127	491	515	225	63	1 160	106	155
(März)	weiblich	748	-	102	364	217	50	15	645	.	103

1) Nichtschüler der Anstalt, an der die Prüfung abgelegt wurde 2) 1963/65 einschl. Pädagogische Hochschulen

3) einschl. Freie Waldorfschule, Minderheitsschule und Abendgymnasien, ohne Wirtschaftsoberschulen

a) Zahl in Klammern: darunter weibliche Abiturienten b) darunter "Beruf noch unbestimmt": 62

c) darunter "Beruf noch unbestimmt": 42

QUELLEN: 1932: Reichsministerium des Innern unter Mitwirkung der Unterrichtsverwaltungen, Jahrbuch für das höhere Schulwesen, I. Jg. 1931/32 (Leipzig 1933)

Höhere Schulen nach dem Schultyp

Beachte die unterschiedliche Zählmethode vor dem 1. Weltkrieg (nach Schultypen) und den übrigen Abschnitten (nach Anstalten)

Stand	Schultyp gemeinsamer Unterbau an Doppelanstalten	Schulen (an Schulen)	Schüler (ohne Vorschulen)		Schüler an Vor- schulen ins- gesamt
			ins- gesamt	Mädchen	
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920					
Sommer- Semester 1878	Gymnasium	12	2 230	-	586
	dar. in gemeinsamen Klassen mit Schülern einer Realschule I. Ordnung	(2)	174	-	89
	einer höheren Bürgerschule	(4)	336	-	248
	Realschule I. Ordnung (mit Latein), verbunden mit Gymnasium	2	235	-	-
	Realschule II. Ordnung (ohne Latein)	3	920	-	425
	Höhere Bürgerschule (ohne Latein)	9	628	-	97
Sommer- Semester 1891	Gymnasium (9klassig ohne Vorschule, VI bis OI)	12	2 347	-	412
	dar. in gemeinsamen Klassen mit Schülern eines Real- oder				
	Realprogymnasiums (VI bis IV)	(5)	562	-	250
	Progymnasium (7klassig, VI bis OII)	1	97	-	45
	dar. in gemeinsamen Klassen mit Schülern eines Real- oder				
	Realprogymnasiums (VI bis IV)	(1)	69	-	45
	Realgymnasium (6 Klassen, UIII bis OI), verbunden mit Gymnasium	3	229	-	-
	Realprogymnasium (7klassig, VI bis OII)	10	609	-	101
	Oberrealschule (9klassig, VI bis OI)	1	428	-	167
	Realschule (6klassig, VI bis I)	2	628	-	315
Sommer- Semester 1903	Gymnasium (9klassig, VI bis OI)	13	2 896	-	665
	dar. in gemeinsamen Klassen mit Schülern eines Real- oder				
	Realprogymnasiums (VI bis IV)	(3)	458	-	-
	Realgymnasium (6 Klassen, UIII bis OI)	4	459	-	-
	Realgymnasium (2 Klassen, UIII bis OIII), verbunden mit Gymnasium	1	37	-	-
	Oberrealschule (9klassig, VI bis OI)	2	1 061	-	246
	Realschule (6klassig, VI bis I)	12	2 707	-	955
1. 12. 1912	<u>Knabenschulen</u>				
	Gymnasium (9klassig, VI bis OI)	13	2 888	-	837
	dar. in gemeinsamen Klassen mit Schülern eines Real- oder				
	Realprogymnasiums (VI bis IV)	(3)	470	-	-
	Realgymnasium (9klassig, VI bis OI)	7	1 739	-	622
	dar. in gemeinsamen Klassen mit Schülern einer Oberreal- oder				
	Realschule (VI bis IV)	(3)	621	-	-
	Realprogymnasium (3 Klassen, UIII bis UII), verbunden mit Realschule	1	34	-	-
	Oberrealschule (9klassig, VI bis OI)	8	3 507	-	928
	Realschule (6klassig, VI bis I)	11	1 839	-	316
	dar. in gemeinsamen Klassen mit Schülern eines Realprogymnasiums				
	(VI bis IV)	(1)	187	-	-
	<u>Mädchenschulen</u>				
Lyzeum	13	4 499*	4 370*	.	
verbunden mit Wissenschaftlichen Fortbildungsklassen (Oberlyzeum)	(6)	327	327	-	
Frauenschulen	(2)	34	34	-	

(Fortsetzung nächste Seite)

*) einschl. an Vorschulen

Höhere Schulen nach dem Schultyp

Schultyp Anstalt verbundene Anstalt gemeinsamer Unterbau an Doppelanstalten	Schulen (an Schulen)	Schüler	
		ins- gesamt	Mädchen
Provinz Schleswig-Holstein (Gebiet 1920 bis 1936) am 25.11.1926			
<u>Knabenschulen</u>			
Gymnasium	12	4 190	151
Hauptanstalt Gymnasium (9klassig, VI bis OI) darunter gemeinsamer Unterbau mit Schülern eines Realgymnasiums (VI bis IV) einer Oberrealschule (VI bis IV)	(4) (1)	2 760 628	69
verbunden mit Realgymnasium (6 Klassen, UIII bis OI) Oberrealschule (6 Klassen, UIII bis OI) Grundständige Deutsche Oberschule (5 Klassen, VI bis OIII) Realschule (6 Klassen, VI bis UII)	(4) (1) (1) (2)	540 175 119 596	17 - 65 -
Reformrealgymnasium - Latein ab UII	4	1 468	157
Hauptanstalt Reformrealgymnasium (9klassig, VI bis OI) darunter gemeinsamer Unterbau mit Schülern einer Realschule (VI bis OIII)	(2)	1 421 702	157 .
verbunden mit Realschule (1 Klasse, UII)	(1)	47	-
Reformrealgymnasium - Latein ab UIII	3	1 551	15
Hauptanstalt Reformrealgymnasium (9klassig, VI bis OI) darunter gemeinsamer Unterbau mit Schülern einer Realschule (VI bis IV)	(2)	1 347 398	15 -
verbunden mit Grundständige Deutsche Oberschule (1 Klasse, VI) Realschule (3 Klassen, UIII bis UII)	(1) (2)	31 173	- -
Oberrealschule	7	3 894	12
Hauptanstalt Oberrealschule (9klassig, VI bis OI) darunter gemeinsamer Unterbau mit Schülern eines Reformrealgymnasiums (Latein ab UII) einer Grundständigen Deutschen Oberschule einer Landwirtschaftsschule	(2) (1)	3 661 1 371	11 .
verbunden mit Reformrealgymnasium (Latein ab UII) (3 Klassen, UII bis UI) Grundständige Deutsche Oberschule (2 Klassen, UII und OII) Landwirtschaftsschule (3 Klassen, UIII bis UII)	(2) (1) (1)	124 41 68	1 - -
Deutsche Oberschule in Aufbauform und Aufbauklassen	4	632	173
Hauptanstalt Deutsche Oberschule in Aufbauform (5klassig, UIII bis UI)		470	95
verbunden mit Realschule (5 Klassen, VI bis OIII)	(1)	162	78
Realschule	4	672	118
Hauptanstalt Realschule (6klassig, VI bis UII) darunter gemeinsamer Unterbau mit Schülern eines Reformrealprogymnasiums (5 Klassen, VI bis OIII)	(1)	665 129	113 60
verbunden mit Reformrealprogymnasium (Latein ab UII) (1 Klasse, UII)	(1)	7	5
Sonstige Vorbereitungsanstalten (private Schule, 8klassig, VI bis UI)	1	99	24
<u>Mädchenschulen</u>			
Lyzeum und Oberlyzeum neue Form	13	5 432 ^a	5 432
Hauptanstalt Lyzeum und Oberlyzeum neue Form (9klassig, VI bis OI) darunter gemeinsamer Unterbau mit Schülerinnen einer Frauenschule (6 Klassen, VI bis UII) und realgymnasialen Studienanstalt und Oberlyzeum der Oberreal- schulrichtung (3 Klassen, VI bis IV)	(2) (1)	5 182 721 303	5 182 721 303
verbunden mit Frauenschule nach Plan A Oberlyzeum der Oberrealschulrichtung (3 Klassen, OII bis OI) Realgymnasiale Studienanstalt (5 Klassen, UIII bis UI)	(2) (1) (1)	46 79 125	46 79 125
Grundständige Deutsche Oberschule (in der Entwicklung)	1	360	349
Hauptanstalt Grundständige Deutsche Oberschule (9klassig, VI bis OI) darunter gemeinsamer Unterbau mit Schülerinnen einer Frauenschule oder eines Lyzeums (6 Klassen VI bis UII)		268 258	257 .
verbunden mit Frauenschule nach Plan A Lyzeum neue Form (2 Klassen, UIII, UII, darunter 1 Klasse UII im Abbau)		28 64	28 64
Land Schleswig-Holstein (Gebiet seit 1. 4. 1937) am 2.5.1964			
Öffentliches Gymnasium (9klassig, VI bis OI), darunter 2 im Aufbau	61	32 617	13 670
davon gemeinsamer Unterbau der Vollanstalten (4 Klassen, VI bis UIII)		17 749	7 772
altsprachlicher Zweig (5 Klassen, OIII bis OI)	(10)	840	161
neusprachlicher Zweig (5 Klassen, OIII bis OI)	(58)	7 878	4 329
mathematisch-naturwissenschaftlicher Zweig (5 Klassen, OIII bis OI)	(58)	5 884	1 258
sozialkundlich-naturwissenschaftlicher Zweig (3 Klassen, OII bis OI)	(3)	59	59
Selekta (nach Mittelschulabschluß; 1964 im Aufbau: 3 Klassen, UII bis UI; OI fehlt noch)	(1)	34	17
Ländliche Oberschule (nach Mittelschulabschluß; 4 Klassen, UII bis OI)	(2)	173	74
Öffentliches Abendgymnasium (1964: 3 Klassen UII, OII, OI; UI nicht besetzt)	1	170	42
Private höhere Schule (9klassig, VI bis OI, darunter 1 Schule 6klassig, VI bis UII)	3	403	46
Private Freie Waldorfschule - Schulzweig Oberschule (9klassig, VI bis OI)	1	266	121
Privates dänisches Gymnasium (9klassig, VI bis OI)	1	203	97
Private Internatsschule - Schulzweig höhere Schule (9klassig, VI bis OI)	1	32	7

a) außerdem 3 Realgymnasial-Knabenklassen (VI bis IV) mit 57 Knaben

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gesundheitswesen	
Verweildauer im Krankenhaus	8/166
Bildung und Kultur	
Pressestatistik	2/46
Schüler und Studenten 1964 und 1978	5/116
Studenten 1979	6/143
Kirchliche Verhältnisse	
Nordelbische Kirche	1/15
Wahlen	
Landtagswahl 1979	
Teil 1: Landes- und Wahlkreisergebnisse	6/126
Teil 2: Regionale Ergebnisse	7/146
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Bodennutzung in den Naturräumen	2/26
Getreideerträge in den Naturräumen	2/35
Sorten bei Winterweizen	7/160
Produzierendes Gewerbe	
Bauhauptgewerbe	1/11
Auftragseingänge	6/137
Bautätigkeit und Wohnungswesen	
Bautätigkeitstatistik	2/38
Handel und Gastgewerbe	
Eigennutzung von Ferienunterkünften	5/106
Verkehr	
Güterverkehr See	1/3
Öffentliche Finanzen	
Finanzplanung	2/41
Einkommensteuer 1974	7/151
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Bruttoinlandsprodukt	2/18
Bruttoinlandsprodukt 1978	5/111
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1978	
Teil 1	3/50
Teil 2	4/78
Moderne Erhebungstechnik	7/162

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

31. Jahrgang . Heft 9 . September 1979

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 586	2 589	2 589	2 589	2 591
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 193	1 048	1 481	1 304	1 323
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,5	4,9	6,7	6,1	6,0
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	1 947	1 932	2 127	1 981	1 990
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,0	9,0	9,7	8,3	9,0
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 589	2 605	2 732	2 501	2 596
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,0	12,1	12,4	11,8	11,8
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	26	28	32	34	22
* je 1 000 Lebendgeborene		13,5	14,7	15,0	17,2	11,1
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 642	- 673	- 605	- 520	- 606
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,0	- 3,1	- 2,8	- 2,4	- 2,8
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 303	6 151	5 930	5 973	7 339	6 022	5 748
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 289	5 136	4 715	4 855	5 314	4 597	4 265
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 014	+ 1 015	+ 1 215	+ 1 118	+ 2 025	+ 1 425	+ 1 483
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 943	9 720	8 758	8 531	9 724	9 291	9 160
Wanderungsfälle	Anzahl	21 535	21 007	19 403	19 359	22 377	19 910	19 173
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		146	142	128	131	146	137
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	47	44	39	35	38	39	33	30	33
darunter *Männer	1 000	23	21	19	16	17	18	14	13	14
Kurzarbeiter	1 000	3,1	2,7	3,2	1,9	1,1	2,4	1,3	0,4	0,2
darunter Männer	1 000	2,3	2,0	2,4	1,3	0,7	1,9	0,7	0,1	0,1
Offene Stellen	1 000	9,3	9,8	11,1	11,3	9,9	14,6	15,4	15,5	13,7
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 565 ^a	1 585 ^a	.	1 632	.	.	.	1 618	.
darunter *Milchkühe										
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	515 ^a	518 ^a	.	492	.	.	.	493	.
*Schweine	1 000	1 796 ^a	1 856 ^a	.	.	.	1 960	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	194 ^a	205 ^a	.	.	.	210	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	130 ^a	136 ^a	.	.	.	136	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	38	39	34	28	34	36	43	31	35
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	236 ^b	252 ^c	256	257	257	252	260	247	252
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	5 ^b	5 ^c	3	3	3	4	3	2	2
*Schlachtungsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	29,2	31,3	30,6	28,6	30,7	29,9	32,5	28,4	29,8
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,1	10,9	9,4	7,9	9,6	9,9	11,8	8,8	9,9
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	18,9	20,2	21,0	20,6	20,8	19,8	20,5	19,4	19,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	274	284	277	280	283	279	277	284	285
Kälber	kg	97	100	100	96	97	103	101	94	100
Schweine	kg	82	82	83	81	82	80	80	79	79
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾										
*für Legehennenküken	1 000	215	149	217	92	143	216	165	135	76
*für Masthühnerküken	1 000	1 070	1 101	1 262	1 112	1 168	1 286	1 292	1 001	1 174
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	887	897	833	895	877	917	1 060	863	1 143
*Milcherzeugung										
	1 000 t	195	202	257	230	205	245	248	230	208
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	95	96	98	98	97	97	98	98	98
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,5	12,8	16,1	14,9	12,8	15,8	15,5	14,8	12,9

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1977/78 = 7

c) Winterhalbjahr 1978/79 = 7

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk										
Verarbeitendes Gewerbe ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	181	179	178	178	178	179	179	179	180
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	129	127	126	126	126	126	127	127	128
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	19 573	18 979	19 003	19 452	18 246	18 613	19 318	18 977	17 536
*Löhne (brutto)	Mill. DM	257,2	266,5	264,7	271,5	266,5	260,3	278,0	282,9	291,3
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	142,6	152,7	148,6	157,4	151,0	152,1	158,6	170,0	163,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	.	(1 135)	1 087	1 049	1 039	1 183	1 281	1 251	1 185
ohne Schiffbau	Mill. DM	.	998	956	1 025	916	1 066	1 213	1 220	1 093
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 150	2 195	2 203	2 529	2 306	2 302	2 469	2 511	2 400
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	410	363	387	393	477	363	339	385	420
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	19	15	14	14	10	19	18	19	18
*Gasverbrauch ¹⁰⁾	Mill. m ³	27,0	28,9	35,4	29,8	29,7	35,8	34,7	32,0	29,6
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	4,0	2,4	2,0	2,0	1,8	2,8	2,7	1,6	2,6
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	23,1	26,6	33,4	27,9	27,9	33,0	32,1	30,4	27,0
*Heizölverbrauch	1 000 t	82	84	73	74	76	105	109	96	111
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	19	17	15	15	20	17	15	13
*schweres Heizöl	1 000 t	63	64	57	58	61	84	92	81	97
*Stromverbrauch	Mill. kWh	186	200	193	198	198	213	219	218	213
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	35	34	29	30	32	30	29	31	30
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)										
Handwerk (Meßzahlen) ¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970 = 100	95,0	98,0	.	96,3
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970 = 100	169,6	169,0	.	160,9
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	946	879	1 069	848	618	720	674	506	...
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	690	742	669	639	645	761	711	624	...
*Gaserzeugung (brutto) ¹⁰⁾	Mill. m ³	4	4	3	2	2	5	3	2	2
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (die Ergebnisse ab März 1979 sind vorläufig)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	52 790	54 970	55 333	55 650	55 659	55 759	56 211	55 986	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 523	6 478	7 539	8 026	6 888	7 099	7 995	7 781	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 999	2 996	3 366	3 693	3 023	3 386	3 757	3 541	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 063	1 007	1 285	1 220	1 088	1 109	1 353	1 260	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 180	2 189	2 552	2 834	2 458	2 325	2 574	2 639	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	93,2	100,0	117,8	123,9	107,6	113,5	136,1	129,0	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	14,0	15,4	14,4	16,0	15,7	15,2	15,9	16,8	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	333,3	289,3	229,9	306,9	290,9	205,4	285,7	617,5	...

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1 (ab Januar 1979)

9) Eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder 3 -briketts = 1,03 t Steinkohlensoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) umgerechnet auf einen Heizwert von 35 169,12 kJ/m³

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	960	1 190	1 310	1 488	1 288	1 096
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	927	1 144	1 252	1 438	1 245	1 048
*Rauminhalt	1 000 m ³	792	1 011	1 259	1 192	1 071	963
*Wohnfläche	1 000 m ²	135	172	213	202	179	165
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	167	182	202	218	221	165
*Rauminhalt	1 000 m ³	508	630	736	848	712	580
*Nutzfläche	1 000 m ²	94	112	128	146	119	103
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 416	1 781	2 268	2 067	1 819	1 650
Baufertigstellungen										
Wohnungen 13)	Anzahl	1 540	1 350	486	633	609	233
Wohnräume	Anzahl	7 274	6 508	2 419	2 831	2 805	1 038
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	507,6	437,2	453,6	425,2	402,9	566,0	440,2	515,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	75,5	76,9	75,3	70,9	69,8	90,5	76,2	79,8	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	432,2	360,3	378,2	354,4	333,2	475,6	364,0	435,8	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	9,4	9,8	11,4	10,3	7,2	11,2	13,1	11,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	27,7	31,2	28,2	18,3	21,0	51,1	48,3	38,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	395,0	319,4	338,7	325,7	305,0	413,3	302,7	386,0	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	28,5	29,1	28,3	28,4	28,7	31,5	32,1	33,8	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	366,6	290,3	310,4	297,4	276,3	381,8	270,6	352,1	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	191,5	188,9	174,5	184,0	166,9	212,6	211,9	221,1	...
darunter Italien	Mill. DM	18,2	18,4	15,9	19,5	15,6	20,0	21,5	24,7	...
Niederlande	Mill. DM	41,8	43,7	40,4	39,7	38,7	40,9	44,1	43,2	...
Dänemark	Mill. DM	36,7	39,9	36,4	37,2	28,7	45,5	47,6	45,2	...
Großbritannien	Mill. DM	43,5	33,1	28,7	30,0	27,6	44,0	43,4	48,3	...
*Einzelhandelsumsätze (Melfzahl)	1970 = 100	189,7	201,6	200,2	203,1	212,3	209,5	218,6	220,5	...
*Gastgewerbeumsätze (Melfzahl)	1970 = 100	171,4	173,0	196,1	209,2	286,9	158,5	190,0	235,2	...
Fremdenverkehr in 156 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000 r	251	246	293	370	596	p 213	p 271	p 406	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	20	21	23	27	52	p 24	p 26	p 28	...
*Fremdenübernachtungen	1 000 r	2 008	1 931	1 725	3 127	6 197	p 1 199	p 1 552	p 3 243	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	43	43	54	108	p 46	p 50	p 59	...
Verkehr										
Seeschifffahrt 14)										
Güterempfang	1 000 t	1 133	1 204	1 349	1 025	1 345
Güterversand	1 000 t	472	461	410	384	407
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	196	209	177	189	190	192	193	193	208
*Güterversand	1 000 t	234	238	245	248	249	285	272	271	256
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	9 741	10 087	11 062	11 883	r 10 167	13 794	13 041	11 633	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	198	244	580	429	r 286	814	728	479	...
*Personenkraftwagen 15)	Anzahl	8 704	8 960	9 550	10 154	8 971	11 742	11 200	9 939	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	452	510	593	619	519	709	650	609	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 560	1 549	1 616	1 858	1 835	1 160	1 563	1 741	p 1 655
*Getötete Personen	Anzahl	61	53	54	59	54	40	59	50	p 56
*Verletzte Personen	Anzahl	2 052	2 028	2 080	2 377	2 453	1 507	2 006	2 265	p 2 160

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

14) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt d)		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 16)										
*Kredite 17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	36 181	41 315	37 976	38 460	38 858	42 286	42 715	43 356	43 577
darunter										
*Kredite 17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	34 096	39 295	35 906	36 385	36 786	40 338	40 754	41 451	41 664
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 107	6 720	6 157	6 471	6 540	6 787	6 840	7 288	6 977
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 987	6 670	6 113	6 405	6 321	6 750	6 796	7 256	6 952
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	121	50	44	65	219	37	44	31	2
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 638	4 384	3 742	3 771	3 816	4 485	4 552	4 534	4 551
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 058	3 311	3 137	3 151	3 200	3 377	3 452	3 429	3 447
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	580	1 073	605	620	616	1 108	1 100	1 105	1 104
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	24 351	28 191	26 006	26 143	26 430	29 067	29 363	29 629	30 135
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 292	22 168	20 268	20 472	20 778	23 117	23 432	23 687	24 039
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 060	6 023	5 738	5 672	5 652	5 949	5 930	5 943	6 097
*Einlagen und aufgenommene Kredite 17) von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	26 612	29 682	27 191	27 312	27 930	30 012	30 386	30 342	30 773
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	14 060	16 245	14 596	14 670	15 269	16 380	16 783	16 788	17 312
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 458	11 415	9 991	10 026	10 528	11 528	11 696	11 783	12 146
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 602	4 831	4 605	4 644	4 741	4 852	5 087	5 005	5 166
*Spareinlagen	Mill. DM	12 552	13 437	12 594	12 642	12 661	13 633	13 603	13 554	13 461
*bei Sparkassen	Mill. DM	7 130	7 571	7 133	7 152	7 152	7 666	7 654	7 636	7 597
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	649	653	520	529	724	559	537	535	718
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	580	580	486	483	710	580	567	589	813
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	26	28	33	29	27	39	19	10	24
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,4	0,3	-	-	-	-	-	-	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	280	250	326	266	261	281	296	280	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,3	1,4	2,2	1,1	1,1	1,8	2,0	1,3	...
Steuern										
		Vierteljahres- durchschnitt		2. Vj. 78			2. Vj. 79			
Steueraufkommen nach der Steuerart										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 623,1	1 747,0	.	1 472,0	.	.	.	1 752,0	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 251,4	1 302,4	.	1 087,8	.	.	.	1 248,1	.
*Lohnsteuer 18)	Mill. DM	799,2	811,0	.	652,1	.	.	.	731,3	.
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	350,7	368,4	.	355,9	.	.	.	369,1	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	8,1	12,9	.	7,0	.	.	.	11,4	.
*Körperschaftsteuer 18)	Mill. DM	93,4	110,1	.	73,2	.	.	.	136,3	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	371,7	444,6	.	384,2	.	.	.	r 503,9	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	262,2	319,6	.	266,1	.	.	.	r 387,0	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	109,5	125,0	.	118,1	.	.	.	r 116,9	.
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	134,2	.	117,9	.	.	.	136,2	.
*Zölle	Mill. DM	0,9	0,5	.	0,5	.	.	.	0,6	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	120,2	124,5	.	108,6	.	.	.	127,4	.
*Landessteuern	Mill. DM	116,2	122,6	.	122,5	.	.	.	137,6	.
*Vermögenssteuer	Mill. DM	26,2	24,7	.	23,4	.	.	.	25,1	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61,6	68,9	.	70,8	.	.	.	82,5	.
*Biersteuer	Mill. DM	3,8	4,4	.	4,5	.	.	.	4,2	.
*Gemeindesteuern 19)	Mill. DM	254,0	262,1	.	252,6	.	.	.	284,2	.
*Grundsteuer A 20)	Mill. DM	7,0	6,9	.	6,9	.	.	.	6,8	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	42,7	48,5	.	45,0	.	.	.	50,3	.
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	163,7	167,0	.	163,5	.	.	.	188,1	.
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	20,0	19,3	.	17,5	.	.	.	17,8	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	923,7	987,0	.	863,2	.	.	.	974,2	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	501,9	521,2	.	451,5	.	.	.	512,8	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	256,5	300,1	.	263,5	.	.	.	291,1	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	34,6	31,5	.	30,3	.	.	.	34,1	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	953,9	1 021,5	.	877,1	.	.	.	1 011,6	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	579,9	607,6	.	528,0	.	.	.	588,3	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	223,3	259,8	.	196,3	.	.	.	251,6	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	34,6	31,5	.	30,3	.	.	.	34,1	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	366,5	379,0	.	355,2	.	.	.	354,3	.
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (netto) 21)	Mill. DM	94,6	104,0	.	102,8	.	.	.	109,3	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	181,6	180,0	.	163,3	.	.	.	151,9	.

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970 = 100	154,1	146,2	147,4	147,2	146,2	159,6	162,4
Ausfuhrpreise	1970 = 100	143,6	145,3	145,3	145,6	145,7	151,4	151,9
Grundstoffpreise	1970 = 100	149,2	145,5	145,6	145,4	145,4	152,8	154,1	155,8	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1970 = 100	144,5	146,3	146,3	146,4	146,5	151,8	152,5	153,3	154,4
landwirtschaftlicher Produkte	1970 = 100	142,3	137,0	136,1	134,3	136,7	p 139,1	p 137,6	p 137,8	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude	1970 = 100	150,7	159,7	158,6	.	.	.	172,0	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1970 = 100	152,0	151,6	152,9	152,4	151,9	156,1	p 156,9	p 157,7	...
Einzelhandelspreise	1970 = 100	141,7	145,1	145,6	145,9	145,9	150,0	150,8	151,6	152,8
*Preisindex der Lebenshaltung	1970 = 100	146,3	150,1	150,5	150,8	150,8	155,4	156,0	156,7	157,7
insgesamt										
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	143,7	145,2	146,8	147,3	147,5	147,7	148,8	148,4	148,9
Kleidung, Schuhe	1970 = 100	147,3	154,1	153,7	153,8	153,9	159,2	159,8	160,1	160,8
Wohnungsmieten	1970 = 100	144,7	149,0	148,7	148,9	149,2	152,3	152,7	153,0	153,7
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970 = 100	178,4	183,6	181,9	181,6	181,5	214,9	216,1	228,0	234,3
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970 = 100	140,2	145,4	145,3	145,8	145,1	149,3	149,7	150,1	150,7
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	515	544	.	.	554	565
darunter *Facharbeiter	DM	539	568	.	.	580	593
*weibliche Arbeiter	DM	340	361	.	.	367	371
darunter *Hilfsarbeiter	DM	327	343	.	.	350	356
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	12,02	12,67	.	.	12,84	13,24
darunter *Facharbeiter	DM	12,57	13,30	.	.	13,48	13,92
*weibliche Arbeiter	DM	8,41	8,95	.	.	9,09	9,28
darunter *Hilfsarbeiter	DM	8,12	8,51	.	.	8,66	8,88
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Stunden	42,9	42,7	.	.	43,1	42,7
weibliche Arbeiter	Stunden	40,2	40,3	.	.	40,4	40,0
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 722	2 907	.	.	2 932	3 041
*weiblich	DM	1 889	2 009	.	.	2 034	2 108
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 937	3 106	.	.	3 144	3 264
*weiblich	DM	1 813	1 921	.	.	1 948	2 019
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 383	2 534	.	.	2 570	2 629
*weiblich	DM	1 600	1 701	.	.	1 734	1 775
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 442	2 591	.	.	2 659	2 675
weiblich	DM	(1 701)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 495	2 654	.	.	2 686	2 762
weiblich	DM	1 681	1 786	.	.	1 818	1 867
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 905	3 070	.	.	3 111	3 224
weiblich	DM	1 809	1 918	.	.	1 944	2 014

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenpiegel" veröffentlicht

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite

19) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) Nur Neubau

25) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12.

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) für alle privaten Haushalte

Jahreszahlen A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000		in 1 000				
1974	2 583	5,8	9,9	12,4	- 7	11	1 003	65	388	214	336
1975	2 584	5,8	9,4	12,8	- 9	7	994	66	356	219	353
1976	2 583	5,6	9,6	12,4	- 7	8	1 009	76	364	222	347
1977	2 586	5,5	9,0	12,0	- 8	12	1 017	71	387	218	341
1978	2 589	4,9	9,0	12,1	- 8	12	1 038	81	368	222	367

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt				
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1970		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	inte- grierten Gesamt- schul- versuchen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Erwerbs- tätigen
	in 1 000												
1974	267	72	69	2	17	38	31	14	34 319	8,2	26 488	2,7	27 780
1975	271	77	73	2	16	41	29	14	36 766	7,1	26 395	- 0,4	28 190
1976	269	83	75	2	17	42	29	13	p 39 525	p 7,5	p 27 384	p 3,7	p 29 380
1977	259	87	79	2	15	42	30	12	p 41 877	p 6,0	p 27 925	p 2,0	p 29 960
1978	245	89	83	2	44 298 ^a	5,8 ^a	28 604 ^a	2,4 ^a	30 760 ^a

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 4)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner 3)			1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe 2)			Rinder	Schweine					
	in 1 000				in 1 000						
	1974	1 507	495	1 567	4 300	481	2 815	2 196	4 397	1 929	298
1975	1 525	503	1 620	4 280	460	2 763	2 234	4 477	1 853	159	735
1976	1 560	513	1 696	4 450	488	2 913	2 276	4 478	1 737	109	813
1977	1 565	515	1 796	4 528	480	3 035	2 339	4 551	1 990	223	869
1978	1 585	518	1 856	4 214	496	3 236	2 418	4 685	2 209	173	713

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾										Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾		Energieverbrauch			Beschäftig- te ⁸⁾ am 30. 6.
						ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 7)	Heizöl		
	in Millionen	Bruttosumme in Mill. DM		insgesamt	mittelschwer, schwer				in 1 000		
	insgesamt	Arbeiter				Mill. DM		1 000 t			
in 1 000											
1974	187	136	256	2 738	1 359	20 285	3 811	380	1 152	932	57
1975	177	127	232	2 704	1 464	20 608	4 243	249	978	768	52
1976	171	123	228	2 822	1 532	22 331	4 336	238	1 006	791	54
1977	181	129	235	3 086	1 711	25 794	4 923	230	985	757	53
1978	179	127	228	3 198	1 832	26 334	4 362	177	1 008	774	56

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusbefragungen, ohne Soldaten

2) ohne Ammen- und Mutterkühe

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebetlichen Versandes, ohne übergebetlichen Empfang

5) Bis 1976: Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (ohne Handwerk),

ab 1977: Industrie- und Handwerksbetriebe des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; der Vergleich mit früheren Jahren ist hauptsächlich durch die Einbeziehung des Handwerks nicht möglich (siehe auch Statistischen Bericht E I 1, Januar 1979)

6) Bis einschließlich 1976 ohne Umsatz außerhalb des verarbeitenden Gewerbes; in allen Jahren ohne Umsatzsteuer

7) Eine t Steinkohle-Einheit (SKE) $\hat{=}$ 1 t Steinkohle oder -briketts $\hat{=}$ 1,03 t Steinkohlenkoks $\hat{=}$ 1,46 t Braunkohlenbriketts $\hat{=}$ 3,85 t Rohbraunkohle

8) Ab 1976 einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

a) Erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. April 1979				Bevölkerungsveränderung im April 1979			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 1979 (vorläufige Zahlen)						
	insgesamt	Veränderung gegenüber			Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte				
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)											
			in %											
FLensburg	89 261	-	0,1	-	0,6	-	63	-	31	-	94	59	-	69
KIEL	252 627	-	0,2	-	1,1	-	99	-	369	-	468	140	1	168
LÜBECK	223 802	-	0,1	-	1,1	-	95	-	168	-	263	151	2	182
NEUMÜNSTER	80 944	-	0,0	-	1,9	-	33	-	5	-	38	47	2	60
Dithmarschen	130 316	+	0,0	+	0,1	-	56		72		16	94	8	132
Hzgt. Lauenburg	153 827	+	0,0	+	0,7	-	74		129		55	72	3	86
Nordfriesland	160 405	+	0,2	+	0,2		1		353		354	137	4	206
Ostholstein	188 533	+	0,2	+	0,2	-	88		377		289	176	7	252
Pinneberg	257 683	+	0,1	+	0,5	-	56		254		198	140	6	173
Plön	115 668	+	0,1	+	0,6	-	34		94		60	74	5	103
Rendsburg-Eckernförde	242 038	+	0,1	+	0,6	-	65		225		160	153	7	184
Schleswig-Flensburg	179 929	+	0,1	+	0,5	-	25		127		102	104	4	138
Segeberg	204 671	+	0,1	+	1,4	-	7		239		232	131	5	171
Steinburg	129 020	-	0,0	-	0,3	-	50	-	13	-	63	75	2	103
Stormarn	183 329	+	0,1	+	1,4	-	16		141		125	102	-	133
Schleswig-Holstein	2 592 053	+	0,0	+	0,1	-	760		1 425		665	1 655	56	2 160

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1979		
	Betriebe am 30. 6. 1979	Beschäftigte am 30. 6. 1979	Umsatz ⁴⁾ im Juni 1979 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	78	9 222	113	31 969	29 130	326
KIEL	145	26 607	248	87 846	80 537	317
LÜBECK	155	26 387	296	76 080	69 162	308
NEUMÜNSTER	76	10 596	99	32 478	29 124	357
Dithmarschen	84	6 885	262	57 448	45 801	351
Hzgt. Lauenburg	101	8 976	83	61 464	53 020	345
Nordfriesland	56	3 006	55	69 435	56 099	350
Ostholstein	89	6 017	88	75 883	65 030	346
Pinneberg	195	23 051	276	104 703	92 429	359
Plön	45	2 717	27	49 471	41 835	363
Rendsburg-Eckernförde	127	10 867	139	101 454	84 796	351
Schleswig-Flensburg	87	5 241	112	80 650	65 409	364
Segeberg	170	14 225	190	94 081	81 047	397
Steinburg	93	9 705	161	55 607	45 626	353
Stormarn	146	15 829	362	77 178	68 101	373
Schleswig-Holstein	1 647	179 331	2 511	1 055 747	907 146	350

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 4. 1979

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4) ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 1. April 1979				Arbeitsmarkt			*Viehbestände			
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 6. 1979	Kurzarbeiter Monatsmitte Juni 1979	Offene Stellen am 30. 6. 1979	Schweine insgesamt am 3. 4. 1979	Rindvieh am 1. 12. 1978			
		VZ 1970	31. 3. 1978					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)		
										in %	
Schleswig-Holstein	2 591	+	3,9	-	0,2	30	0	15	1 960	1 585	518
Hamburg	1 661	-	7,4	-	0,9	21	2	13	11	15	4
Niedersachsen	7 223	+	2,0	-	0,0	100	8	38	7 087	3 053	1 041
Bremen	697	-	3,6	-	0,7	12	3	5	7	17	4
Nordrhein-Westfalen	16 998	+	0,5	-	0,1	279	14	80	5 354	1 926	630
Hessen	5 556	+	3,2	+	0,3	53	2	32	1 423	885	303
Rheinland-Pfalz	3 630	-	0,4	-	0,2	39	3	18	737	682	238
Baden-Württemberg	9 146	+	2,8	+	0,2	64	10	68	2 249	1 872	695
Bayern	10 837	+	3,4	+	0,2	115	19	69	4 360	4 897	1 983
Saarland	1 071	-	4,4	-	0,7	22	1	4	53	73	26
Berlin (West)	1 906	-	10,2	-	0,7	28	2	13	6	1	0
Bundesgebiet	61 317	+	1,1	-	0,0	763	65	355	23 247	15 007	5 443

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im Dezember 1978			
	Beschäftigte am 31. 5. 1979	Umsatz ²⁾ im Mai 1979		Produktions- index ³⁾ (1970 = 100) im Mai 1979	Beschäftigte am 30. April 1979		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		in 1 000	Mill. DM		Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl
Schleswig-Holstein	179	2 469	14	...	56	22	1 303	5,0	10 160	39,2
Hamburg	165	4 988	12	...	30	18	633	3,8	3 040	18,3
Niedersachsen	706	9 711	27	...	152	21	4 297	5,9	24 996	34,6
Bremen	90	1 393	18	...	15	22	218	3,1	698	10,0
Nordrhein-Westfalen	2 216	28 498	24	...	281	17	12 633	7,4	40 352	23,7
Hessen	666	7 177	28	114,8	106	19	2 804	5,0	15 384	27,7
Rheinland-Pfalz	388	5 591	29	136	72	20	1 475	4,1	10 921	30,1
Baden-Württemberg	1 455	16 051	25	123,8	191	21	6 503	7,1	23 411	25,6
Bayern	1 360	14 292	24	134,9	253	23	6 426	5,9	39 856	36,8
Saarland	149	1 740	32	...	21	19	632	5,9	3 916	36,5
Berlin (West)	182	1 675	12	...	32	17	966	5,1	3 603	18,9
Bundesgebiet	7 556	93 585	24	124,6	1 210	20	37 890	6,2	176 337	28,8

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. Januar 1979			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Mai 1979				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 31. 5. 1979 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						im 1. Vierteljahr 1979		
									in DM je Einwohner		
	in 1 000							in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	1 056	907	350	1 563	59	2 006	132	5 249	394	399	103
Hamburg	597	544	327	993	17	1 245	127	8 810	628	2 409	329
Niedersachsen	2 994	2 548	353	4 039	188	5 278	135	6 408	394	403	125
Bremen	251	228	327	434	4	506	118	7 187	462	1 063	231
Nordrhein-Westfalen	6 566	5 906	347	9 273	221	12 019	132	7 168	453	701	156
Hessen	2 367	2 063	372	3 316	92	4 431	136	7 888	491	665	167
Rheinland-Pfalz	1 575	1 325	365	2 324	68	3 187	140	7 130	406	490	153
Baden-Württemberg	3 912	3 344	366	5 498	209	7 532	141	7 715	490	642	163
Bayern	4 611	3 768	348	6 895	313	9 342	140	8 200	432	481	139
Saarland	427	384	358	647	16	836	132	6 410	391	450	113
Berlin (West)	616	557	292	1 454	11	1 804	125	6 817	361	349	174
Bundesgebiet	25 066 ^{a)}	21 620 ^{a)}	353	36 436	1 198	48 186	136	7 345	447	641	154

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) ohne Umsatzsteuer

3) Vorläufige Werte einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

4) einschließlich Kombinationskraftwagen

5) ohne Postspareinlagen

6) ohne Postspareinlagen

7) ohne Postspareinlagen

8) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

3) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

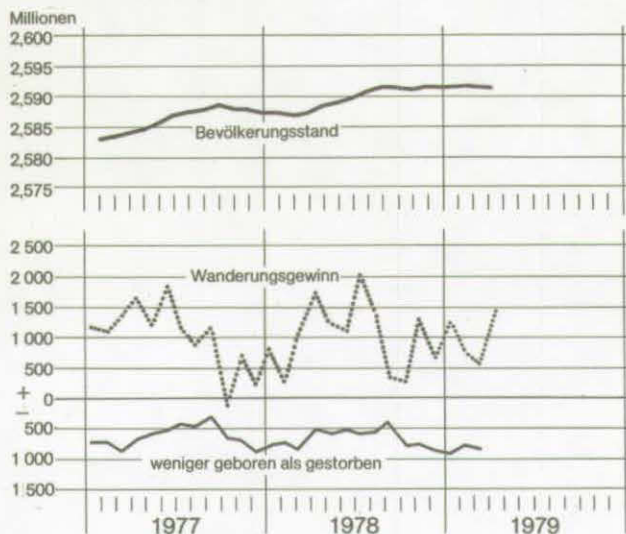
5) ohne Bundespost und Bundesbahn

7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

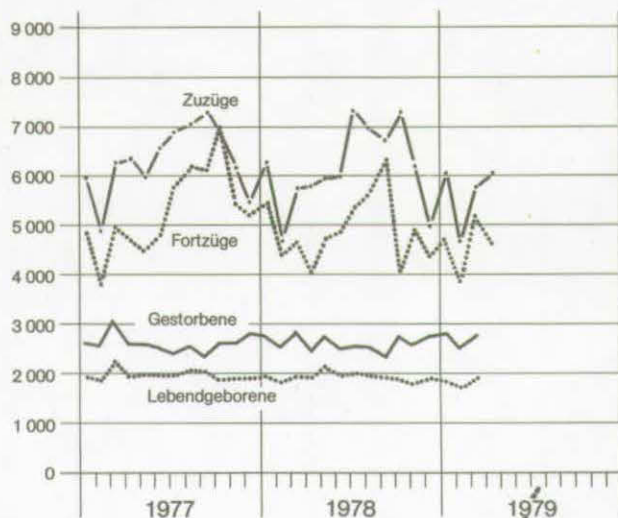
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN • A

Teil B — in den Heften der geradzahlg. Monate — enthält: Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

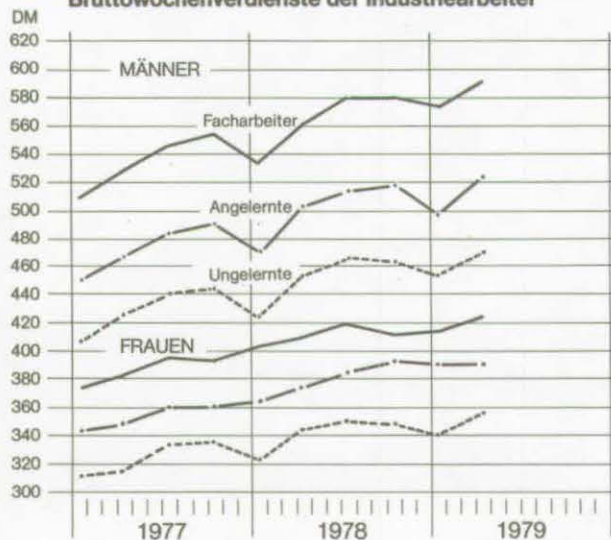
Bevölkerung



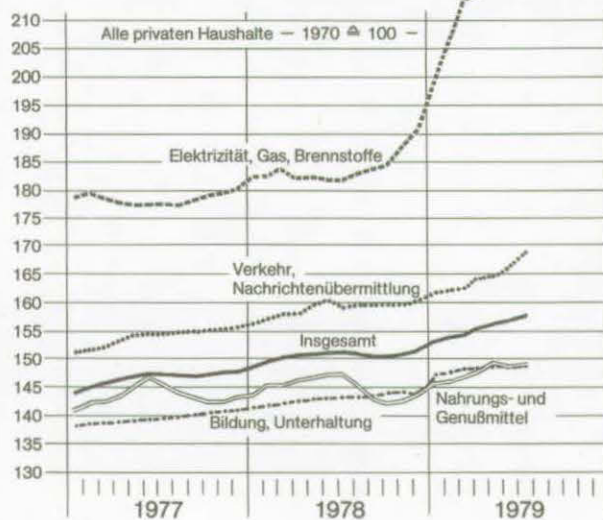
Bestandteile der Bevölkerungsentwicklung



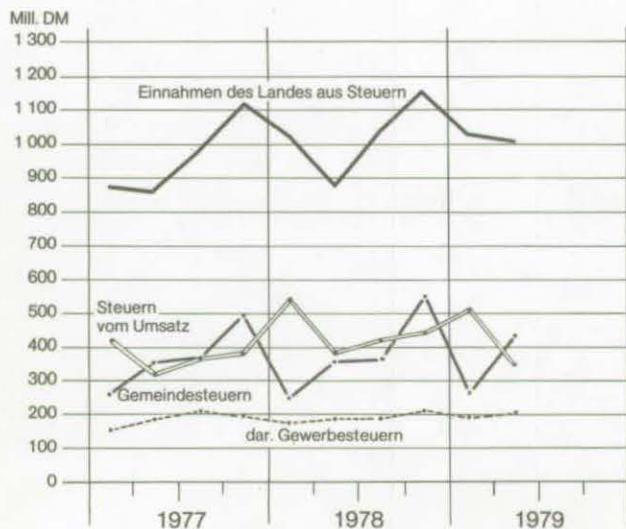
Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steueraufkommen



Kredite an Wirtschaft und Private



